

Telegraphische Depeschen.

Paris, 30. Juni. Se. Maj. der Kaiser hat gestern der hier veranstalteten Regatta beigewohnt. Die Cur St. Maj. nimmt ihren ungestörten Fortgang.

Wien, 30. Juni. Die Panzerfregatte Preußen ist, nachdem dieselbe das große Schwimmbad nach Ewinemünde übergeführt hat, heute Vormittag hier wieder eingetroffen.

Rom, 29. Juni abends. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer, in welcher die Berathung des Maßstergesetzentwurfs fortgesetzt wurde, erklärte der Ministerpräsident Depretis, daß er den von dem Mitgliede der Minorität der Commission, Delgiudice, formulirten Antrag acceptire, welcher in dem vom Senat angenommenen Entwurfe Änderungen vornimmt, die die Prärogative der Kammer intact erhalten.

Kom, 30. Juni. Die Deputirtenkammer beendete vormittags die Berathung des Eisenbahntaugengesetzes und nahm den gesammten Entwurf mit 257 gegen 96 Stimmen an.

Versailles, 30. Juni. Die Deputirtenkammer hat die Dringlichkeit für die Berathung des Gesetzentwurfs über die Freiheit des Unterrichts beschlossen.

Paris, 30. Juni. Nach hier aus Chislehurst vorliegenden Nachrichten ist in dem Befinden der Kaiserin Eugenie keine bemerkenswerthe Veränderung eingetreten; dieselbe hatte eine unruhige Nacht verbracht. In der bei Rouher heute stattgefundenen Versammlung von Mitgliedern der Partei des „Appel au peuple“ wurde das Testament des Prinzen Louis Napoleon mit seinen Anzeigen und einem Cobicill verlesen, ein Beschluß jedoch nicht gefaßt. Ferdinand Barrot und Fürst Murat erhielten den Auftrag, den Prinzen Jérôme von dem Inhalt des Testaments in Kenntniß zu setzen; Rouher hatte es abgelehnt, diese Mission zu übernehmen, indem er erklärte, daß es sein unwiderruflicher Entschluß sei, sich nach dem Ableben des Prinzen Louis Napoleon an der Politik nicht mehr activ zu betheiligen.

London, 30. Juni. Der englische Botschafter in Petersburg, Lord Dufferin, hat sich auf seinen Posten zurückgegeben. — Die Königin hat den Pfarrer Joseph Barclay zum Bischof von Jerusalem ernannt.

Petersburg, 30. Juni. Die Behauptung, welche auswärtige Blätter aufstellen, daß der russische Botschafter, Fürst Lobanow, bei der Pforte gegen den Trabe des Sultans bezüglich der Ersetzung des Rheidive durch seinen Sohn, Tewfik-Pascha, Verwahrung eingelegt habe, ist unrichtig. Rußland hat die Politik der andern Mächte in keiner Weise zu durchkreuzen gesucht. — Für Sommerreisen des Kaisers Alexander

sind keinerlei Dispositionen getroffen. — Der deutsche Botschafter, General Schweinitz, wird unmittelbar zurück erwartet.

Wien, 30. Juni. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „Es heißt, der französische Botschafter hätte sich dahin geäußert, Frankreich könne niemals die von der Pforte verlangte Aufhebung des Fernans vom Jahre 1873 zugeben, welche Aegypten in dasselbe Verhältnis zur Pforte zurückversetze, wie es zur Zeit Mehemed-Ali's bestand. Frankreich und England verhandelten wegen eines gemeinsamen Protestes gegen die Anhebung des Fernans. — Der Ministerrath berieth am Sonntagabend darüber, ob dem ehemaligen Rheidive die Erlaubniß erteilt werden sollte, nach Konstantinopel zu kommen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Gestern beschäftigte sich der Ministerrath mit der griechischen Frage. Die Pforte soll heute den Mächten eine hierauf bezügliche Mittheilung machen. — Die Gerüchte, daß die Stellung des Großvezirs Rheyreddin-Pascha erschüttert sei, erhalten sich.“

Zur Frage der Altersversorgung und Invalidenlassen.

N.L.C. Berlin, 30. Juni. Dem Reichstage liegt nunmehr der vom Abg. v. Hertling erstattete Commissionsbericht über den Antrag Stumm wegen Einführung von Altersversorgungs- und Invalidenlassen für alle Fabrikarbeiter vor. Von besonderem Interesse ist die in dem Berichte wiedergegebene Erklärung des Regierungskommissars. Der Antrag Stumm wollte bekanntlich obligatorische, nach dem Muster der bergmännischen Knappschaftsvereine zu bildende Altersversorgungs- und Invalidenlassen. Der Regierungskommissar wies nun nach, wie die Knappschaftsvereine sich als Muster für die Organisation der Altersversorgung aller Fabrikarbeiter durchaus nicht eignen. Er führte Folgendes an:

Ende 1876 hätten von den in Preußen vorhandenen 87 Knappschaftsvereinen 5 über 10000, 6 über 5000 und 25 über 1000 Mitglieder besessen; dies zeigt doch, da die Knappschaften wesentlich einen localen Charakter haben, eine beträchtliche Zusammendrängung der Arbeiter und der Anlagen voraus. Nach der Gewerbezählung von 1875 seien ferner in Preußen von sämtlichen im Großbetriebe beschäftigten Arbeitern über 25 Proc. im Berg- und Hüttenwesen, 13 Proc. in der Textilindustrie, 11 Proc. in den Nahrungsmittelgewerben, 8 Proc. in der Maschinenindustrie, in allen übrigen Industrien kleinere Bruchtheile beschäftigt. Von 87 Betrieben der Großindustrie mit mehr als 1000 Arbeitern fallen 71 auf das Berg- und Hüttenwesen, von den sämtlichen zwischen 200 und 1000 Arbeiter beschäftigenden Anlagen falle horthin mehr als der dritte Theil. Die Zahl der mit Dampfkraft arbeitenden Betriebe betrage im Berg- und Hüttenwesen Preußens rund 1300, in der übrigen Industrie rund 12000. Solche Zahlen legen den Schluß nahe, der auch im übrigen berechtigt sei, daß in der Fabrikindustrie, im Vergleich mit dem Berg- und Hüttenwesen, die Arbeitermenge sich in verhältnißmäßig kleinen Quoten

auf zahlreiche verschiedene Industriezweige, auf verhältnißmäßig kleine Anlagen und auf sehr zahlreiche Anlagen vertheilt. Dazu komme nun noch die örtliche Verstreung der Anlagen über das ganze Staatsgebiet, Fabrikanlagen finden sich fast in jedem Kreise oder Amtsbezirke.

Im Gegensatz dazu beschränkte sich das Berg- und Hüttenwesen in Preußen auf 6 von 13 Provinzen; in jenen Provinzen concentrirte es sich wieder auf einen Theil der Verwaltungsbezirke und selbst innerhalb dieser sei es noch wieder stark localisirt. Solche Momente würden doch auch in Rechnung zu bringen sein und sie sprächen dafür, daß die Schwierigkeiten der Organisation von Altersversorgungs- und Invalidenlassen in der Fabrikindustrie größer als im Bergbau seien. Man dürfte weiter gehen und behaupten, daß der Entwicklung der Knappschaftsvereine manche andere Verhältnisse zu flatten kamen und noch zu flatten kommen, welche in der Fabrikindustrie fehlen. So habe das Alter des deutschen Bergbauers den Bergleuten zu einem Standesbewußtsein verholfen, das, wenigstens in neuester Zeit durch manche Dinge geschwächt, doch immer noch stark genug sei, um gesellschaftliche Bildungen besonders zu begünstigen. Weiter sei besonderer Nachdruck darauf gelegt worden, daß dasjenige, was zu Gunsten der Arbeiterbevölkerung im Bergbau erzielt sei, der Arbeiterbevölkerung in den übrigen Großbetrieben doch nicht länger vorenthalten werden sollte, aufseiner von der Voraussetzung ausgehend, als wenn im Bergwesen Deutschlands die obligatorische Betheiligung an Altersversorgungsstellen bereits eine vollendete Thatsache sei. Diese Voraussetzung treffe aber nicht zu. In den nächst Preußen größten deutschen Staaten, Bayern und Sachsen, bestehe die obligatorische Altersversorgung nicht zu Recht; in Preußen komme sie, wenn man die bestehenden Einrichtungen nach ihrem praktischen Effect betrachte, nur einem Bruchtheil der Arbeiter zu flatten, dessen Größe je nach der Steigerung oder der Abnahme der Arbeiter in Bergbau einigermassen schwankte, im Durchschnitt der letzten Jahre aber nur wenig über die Hälfte der gesammten Arbeiterzahl sich erhebe; es seien nämlich nur die sogenannten ständigen Arbeiter an den Vorteilen der Altersversorgung in den Knappschaften theilhaftig, während die unständigen Arbeiter trotz ihrer Mitgliedschaft in den Knappschaften von dem Anspruche auf eine Alterspension ausgeschlossen seien. Der der Commission vorliegende Antrag zielt in Wahrheit also dahin, eine Einrichtung des Bergbauers, welche in Preußen nur etwa der Hälfte der Arbeiter zugute komme, in den beiden nächstgrößten deutschen Staaten aber überhaupt nicht zu Recht bestehe, welche also selbst in den beschränkten Grenzen des Bergwerkesbetriebes zur allgemeinen Durchführung in Deutschland noch nicht habe gebracht werden können, für das Fabrikwesen ohne weiteres im gesammten Reichsbetriebe zu verallgemeinern.

Bei der Discussion darüber, ob die Knappschaften den Altersversorgungsstellen für die Fabrikindustrie zum Muster dienen könnten, sei die dauernde Leistungsfähigkeit der Knappschaftsvereine in die Erörterung gezogen, und es sei darauf hingewiesen, wie diese Vereine vermöge ihrer vieljährigen Existenz inzwischen in einem Vordringungsstadium gelangt seien, welches allen Elementen der Kaffeentwicklung eine beruhigende Stetigkeit verleihe. Indessen, daß die bisherigen Erfahrungen und der jetzige Zustand der Knappschaftsvereine eine ausreichende Regelmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben für die Zukunft verbürgen, sei gewagt zu behaupten. Der Bestand der Knappschaftsvereine auf Grund ihrer zeitigen Verfassung sei auch in Preußen so alt noch nicht; viele dieser Vereine seien erst seit der Mitte der fünfziger Jahre gebildet oder neugegründet. Die seitdem verfloßene Zeit reiche keineswegs aus, um die Kassen mit dem vorausgesehenen Charakter der Stabilität zu versehen. Ueberhaupt blühte man, bei allen Sympathien für das ehr-

Das Generalstabswerk über den Deutsch-Französischen Krieg.

Das soeben herausgegebene 15. Heft des Generalstabswerkes: „Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71“ (Berlin, E. S. Mittler u. Sohn), reicht in seinem Inhalte bereits bis zu Ende des Jahres 1870. Es schildert jenen Zeitraum, in welchem die I. und II. Armee beauftragt wurden, den im Norden und Süden von Paris zurückgeworfenen Feind nicht weiter zu verfolgen, sondern in geeigneten Centralstellungen die Einschließung der Hauptstadt zu decken und dem etwa wieder vordringenden Feinde mit aller Kraft entgegenzutreten. Es kam daher in dieser Zeit auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen zwar zu vielen einzelnen, nicht aber zu entscheidenden Kämpfen, für deren Herannahen jedoch allorts deutliche Anzeichen sprachen. Vor Paris beschleunigte die deutsche Heeresleitung die Vorbereitungen zum Angriffe auf dieses Hauptbollwerk des Widerstandes.

Im Süden der Seine stützte die Armeeabtheilung des Großherzogs von Mecklenburg sich auf Chartres, die II. Armee auf Orleans, Blois blieb besetzt, bis nach Tours wurde vorgestoßen. Namentlich bei Vendôme trafen die Deutschen wiederholt auf die Vortruppen der bei Le Mans versammelten II. Loirearmee. Nach Osten zu suchte die II. Armee mit der auf Courges zurückgewiesenen I. Loirearmee wieder Fühlung zu gewinnen. Die unsichern von derselben eingehenden Nachrichten veranlaßten, zwischen der II. Armee und den östlich operirenden Truppen des Generals v. Werber

das VII. Armeecorps vorzuziehen. Letzterer Heeresführer rückte nach Süden vor, siegte mit der badischen Division in dem blutigen Gefechte bei Ruits und vereinigte dann seine Truppen bei Vesoul, des Aumarshes der bei Besançon sich sammelnden großen Heeresmassen (Bourbaki) gewärtig.

Im Norden bereitete General Manteuffel den von Faidherbe beabsichtigten Vorstoß über die Somme, griff den Gegner soeben in seiner Vertheidigungsstellung an der Hallue an, drängte ihn nach zweitägigem Kampfe in den Schutz der nahen Festungen zurück und deckte zugleich die Landschaften an der untern Seine durch starke Streitkräfte in Rouen. Diese Ereignisse hatten das beabsichtigte Einrücken der deutschen Truppen in eine Centralstellung bei Beauvais gehindert, die aber auch durch Herstellung einer Eisenbahn zwischen Amiens und Rouen überhaupt entbehrlich wurde. Andererseits legte die Einnahme von Mézières der Armee eine zweite Verbindungslinie mit Deutschland frei.

In Paris herrschte nach dem Mißlingen der frühern Befreiungsversuche Entnuthigung — nur unterbrochen durch den zwecklosen Angriff auf Le Bourges. Die deutsche Artillerie dagegen vertrieb den Feind aus der drohenden und wichtigen Stellung auf dem Mont-Avon und vollendete die Vorbereitungen zum Angriffe auf die Südfest.

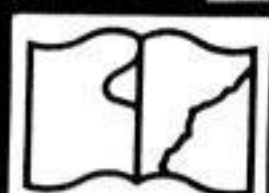
Die mannichfachen, auf weitem Umkreise geführten Operationen dieses Zeitabschnittes geben am besten Gelegenheit, in allen Ereignissen die strenge Durchführung eines klaren einheitlichen Planes in der deutschen Heeresleitung und die zähe Ausdauer und

Tüchtigkeit der deutschen Soldaten gegenüber den zusammengerasteten Massen des Feindes zu gewahren.

Rede des Cultusministers Ferry über den Universitätsunterricht.

In den Sitzungen der französischen Deputirtenkammer am 26. und 27. Juni sprach der Unterrichtsminister Ferry über den Universitätsunterricht:

Der Gesetzentwurf überschreite nicht die Rechte des Staates; derselbe sei durch eine ernsthafte Gefahr hervorgerufen, wirksam und zeitgemäß. Vor vier Jahren habe man in einer andern Versammlung über die Unterrichtsfreiheit discutirt. Man sagte damals, es gebe keine Freiheit ohne das Recht, die Universitätsgrade zu erteilen. Heute sage man, es gebe keine Unterrichtsfreiheit ohne die religiöse Vereinsfreiheit! Es komme darauf an, zu sehen, ob diese Freiheit mit der Unterrichtsfreiheit etwas gemein habe. Es liege in diesem Punkte ein Mißverständnis vor, das von 1848 datire, wo man die Unterrichtsfreiheit in die französischen Gesetze eingeführt habe. Dr. de Montalembert habe dieselbe als ein natürliches Recht angerufen. Jules Simon habe dies nicht für den Unterricht der Kinder, sondern nur für die Belehrung der Erwachsenen zugelassen. Die Unterrichtsfreiheit sei immer dem Staatsrechte unterworfen gewesen. (Beifall links.) Dr. Dufaure sagte in der Discussion von 1848, daß der Staat in diesen Dingen nicht gleichgültig bleiben könne. Man will dem Staate nur die ihm gehörende Stelle geben; man will nur, daß er gewisse Staatsdoctrinen und eine Staatsmoral aufrecht erhalte. (Beifall.) Würde man einen gegen die Freiheit des Vaterlandes gerichteten Unterricht dulden? Und gibt es nicht in diesem Vaterlande eine Erbschaft von Ideen, welche die gegenwärtigen Geschlechter ihren Kindern übermachen müssen? Es sind die Ideen der Revolution, welche den Staat sichern. (Sehr gut! links.)





würdige und hochverdienstliche Institut, doch angeht es einer so ernsten Frage sich nicht verhehlen, daß schon jetzt manche Einrichtungen der Knappschaftskassen, namentlich dort, wo diese Kosten auf ungewöhnlich kleinen Verbänden ruhen, den Gegenstand schwerer Klagen und Besorgnisse bei allen Theilhabenden — Arbeitern, Arbeitgebern und Aufsichtsbehörden — bilden.

Schließlich bemerkte der Regierungskommissar noch: „Von einer Seite sei besonders betont worden, daß mit Rücksicht auf die Umwälzung, welcher unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in so vielen Beziehungen entgegengehen und welche auch die Lage der Arbeiter tief berühre, der Staat vermehrte Anlaß habe, auf Einrichtungen Bedacht zu nehmen, welche dem Arbeiter die Möglichkeit geben, seine Existenz, vor allem für die Zeit des Alters, sicher zu gestalten. In gewissem Sinne habe das Verlangen seine Berechtigung, seine Erfüllung werde es zum Theil durch die Wilhelmsspende finden, die vorzugsweise den Arbeitern die Gelegenheit geben solle, allein oder mit Zuschüssen der Arbeitgeber gegen Einzahlungen, die so niedrig wie möglich gehalten und so bequem wie möglich geordnet seien, bei einem durchaus zuverlässigen Institute sich eine Rente für das Alter zu sichern. Daraus solle man zunächst einmal Arbeiter und Arbeitgeber hinweisen. Ein solches Centralinstitut, sei es die Wilhelmsspende oder eine ähnliche Anstalt, lasse sich aber mit einem Versicherungszwange schwerlich verknüpfen, die Bedenken gegen die Fundirung eines Versicherungszwanges auf eine solche Centralanstalt seien vielleicht noch größer als diejenigen, welche der Annahme der reinen Zwangskasse entgegenstehen. Bei der Ausarbeitung eines entsprechenden Organisationsplans würde sich dies bald herausstellen.“

Trotz all dieser überzeugenden Ausführungen des Regierungskommissars tritt die Commission mit einer im wesentlichen dem Antrage Stumm entsprechenden Resolution vor den Reichstag. Diese Resolution lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage thunlichst bald einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Invaliden- und Altersversorgungskassen für Fabrikarbeiter mit obligatorischer Beitragspflicht auf folgender Grundlage vorzulegen: 1) Die Kassen haben neben der Pensionirung der Arbeiter selbst auch ihren Witwen und Waisen entsprechende Unterstützung zu gewähren; 2) die Arbeiter und Arbeitgeber haben gemeinschaftlich sowohl Beiträge zu den Kassen zu leisten, als deren Verwaltung zu führen; 3) das durch die gezahlten Beiträge erworbene Recht des Arbeiters an die Kasse ist namentlich durch Uebertragbarkeit seiner Ansprüche von einer Kasse auf die andere zu schützen; 4) es sind Normativbestimmungen für die Errichtung von Kassenverbänden unter besonderer Berücksichtigung und Förderung des Zusammenschlusses verwandter Industriezweige zu erlassen; 5) die Kontrolle über die nach Maßgabe des Gesetzes errichteten Kassen ist den Landesbehörden zuzuwenden.

### Vom Deutschen Reichstage.

○ Berlin, 30. Juni. Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 40 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen. Neun Urlaubsgesuche werden wiederum bewilligt. Beim zehnten (Abg. Arlinger) sucht um 14 Tage Urlaub nach wegen dringender Geschäfte) widerspricht Abg. Richter-Hagen der Bewilligung, wie er ausdrücklich erklärt, um eine Anzahlung des Hauses herbeizuführen, welches er nicht für beschlussfähig hält. Das Bureau theilt diese Ansicht und muß daher der Namensaufruf erfolgen, durch welchen die Anwesenheit von nur 194 Mitgliedern constatirt wird. Die Sitzung wird deshalb vom Präsidenten auf eine Stunde vertagt.

Um 2 Uhr 20 Min. wird die Sitzung vom Präsidenten v. Seydewitz wieder eröffnet. Nunmehr wird

Dr. Thiers habe immer anerkannt, daß die Unterrichtsfragen keine abstracten Fragen seien, sondern solche, welche zum Ressort des politischen und des Staatsmannes gehören. Im Jahre 1844 wollte er nicht dulden, daß man der Jugend die Verachtung der Revolution und die Billigung des Widerstands des Edicts von Nantes lehre. Diese Lehre ist gut für alle Regierungen und besonders für die der Republik, der directen Erbin der Revolution. Unter diesen Bedingungen greifen die Maßregeln, welche der Staat heute ergreifen will, keineswegs über sein Recht hinaus. Der Minister prüft nun die gesetzliche Lage der Congregationen. Er thut dar, daß dieselben den bestehenden Gesetzen zufolge nicht vorhanden seien, wie von zahlreichen Urtheilen der Appellationshöfe festgestellt sei. Nie habe der Staatsrath die ihnen gemachten Schenkungen anerkannt. Man wisse, daß die Befolgungen, aus denen diese Congregationen hervorgegangen, das Resultat von Conferenzen gewesen seien, in welchen Hr. Dupanloup gesagt habe, daß er sich darauf beschränke, für sie das Stillschweigen zu verlangen. „Gut!“ habe Dr. Thiers geantwortet, „aber ich rufe die Zukunft an“, und heute sei die Zukunft gekommen. (Beifall links.) Man habe sich gewundert, daß der Art. 7 über die Congregationen in das Gesetz eingeführt worden sei, welches über den Universitätsunterricht handle, aber man finde die Gründe dafür in einem Bericht, den der Herzog v. Broglie unter der Julimonarchie gemacht. Dieses Actenstück scheine von gestern zu datiren. Man könne auch die Meinungen von Guizot, Thiers und Billémain anrufen. Aus einer von dem Administrator der Culten aufgestellten Tabelle geht hervor, daß es gegenwärtig in Frankreich 166000 nicht anerkannte Mönche und Nonnen gibt, während es vor 1789 höchstens 62000 gab. Von 1861—77 vermehrten sich die Mitglieder der Congregationen von 107000 auf 150000. Eine andere Gefahr bietet die Zunahme der Jesuiten dar. Im Jahre 1845 gab es deren 200, 1861 1085 und heute 1509. Sie haben 31 Anstalten und 9131 Zöglinge. Die weltlichen und die von anerkannten Geistlichen geleiteten werden, was die nicht ermächtigten Congregationen gewannen. Dies ist eine ernste Lage, und wenn diese Lage fort-

das Urlaubsgesuch des Abg. Arlinger sowie zwei weitere anstandslos bewilligt.

Ohne Discussion wird das Gesetz über die Confulargerichtsbarkeit in dritter Beratung definitiv angenommen, ebenso in zweiter Beratung die Ueberflüssen der Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches für das Etatsjahr 1877/78.

Die Beratung des auf der Tagesordnung stehenden Vogelzuggesetzes wird in Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit abgesetzt und sogleich die zweite Beratung des Zolltarifs fortgesetzt.

Pos. 11 lautet nach den Vorschlägen der Commission:

Haare von Pferden und Menschen sowie Waaren daraus; Federn und Borsten: a) Pferdehaare, roh, gefeilt, gesotten, gefärbt, auch in Lockenform gelegt, gesponnen; Borsten; Deltäcker frei. b) Gesechte von Pferdehaaren; Gewebe, auch mit andern Wespinnen gemischt, sofern mindestens die ganze Kette oder der ganze Einschlag aus Pferdehaaren besteht, 48 M. c) Menschenhaare, roh oder in der unter a) bezeichneten weiteren Bearbeitung 100 M. d) Perückenmacher- und andere Arbeiten aus Haaren und Haarimitationen 200 M. e) Schreibfedern (Federepulver), roh; Bettfedern, Schmußfedern, nicht unter g) begriffen, 3 M. f) Schreibfedern gezogen; Bettfedern gereinigt und zugerechnet 6 M. (Zusatz der Commission). g) Zugerichtete Schmußfedern 300 M.

Die Abg. Dr. Dreyer, Graf v. Droste zu Vischering und Dr. Frege wollen auf „Pferdehaare, gekäufelt, in Lockenform gelegt, auch gesponnen“, einen Zoll von 15 M. gelegt wissen.

Referent Abg. Graf Frankenberg:

Die Commission hat das Wort „gesponnen“ in die Position sub a) aufgenommen, dasselbe ist indeß lediglich redactioneller Natur, und bitte ich Sie, den Antrag der Commission anzunehmen.

Abg. Windthorst beantragt, die Bettfedern sub e) zu streichen und unter a) frei eingehen zu lassen.

Abg. Graf v. Droste zu Vischering befürwortet seinen Antrag:

Es sei durchaus nicht zu rechtfertigen, Hunde- und Kinderhaare mit einem Zoll von 3 M. zu belegen und dagegen die viel werthvolleren Pferdehaare freizulassen.

Nachdem darauf Abg. Windthorst seinen Antrag zurückgezogen, wird das Amendement v. Droste-Vischering zur Abstimmung gebracht. Dabei ergibt sich, daß nur 191 Mitglieder anwesend sind.

Abg. Windthorst beantragt nunmehr eine namentliche Abstimmung über diesen Antrag.

Abg. Graf Bethusy-Duc:

Nachdem der Herr Präsident zu meinem großen Bedauern als Resultat der Zählung die Beschlußunfähigkeit des Hauses constatirt hat, ist meiner Ansicht nach jeder Antrag unzulässig. (Sehr richtig! rechts und links.)

Dieser Ansicht tritt auch Präsident v. Seydewitz bei und proclamirt um 3 Uhr die Vertagung der Sitzung auf eine fernere halbe Stunde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird der Antrag Dreyer abgelehnt.

Zu Pos. 11 e) befürworten Abg. Graf Stolberg-Rastenburg und der Referent Abg. Graf Frankenberg den von der Commission vorgeschlagenen Zoll von 6 M. auf Bettfedern.

Bundescommissar Geh. Regierungsrath Böttcher erklärt sich mit dem Zoll einverstanden und erinnert daran, daß die Bettfedern schon früher zollpflichtig gewesen sind.

Abg. Richter-Hagen erklärt den Zoll dagegen für einen ganz unnützen Finanzzoll, der nur zu Schere-reien führen würde.

dauert, so werden die weltlichen Privatschulen und die der anerkannten Geistlichen in wenigen Jahren zu Grunde gehen. Die Jesuitencongregation ist also de facto wiederhergestellt und sie ist es, welche ganz Europa mit den nämlichen Doctrinen und den nämlichen Gefahren bedroht. (Eine Stimme links: Auch Amerika!) Sie sind immer diesem furchtbaren Gellbbe des blinden Gehorsams unterworfen; sie haben immer die nämlichen Privilegien. Sie zeigten es bei ihrem Conflict mit Hrn. Darboy, Erzbischof von Paris, weil sie von seinen Vorgängern genügend Privilegien erhalten hatten. Die Jesuitengesellschaft ist immer die nämliche. Sie sifft allen Gemüthern Schrecken ein und sie hat nicht aufgehört, das mächtigste Werkzeug der moralischen Anechtung zu sein. (Beifall links.) Der Grundsatz, welcher diese Gesellschaft furchtbar machte, war der der indirecten Gewalt. Was wurde aus dieser Lehre? Die Gesellschaft hat ein officielles Organ in Rom und diese Lehre macht sich darin breit. Man predigt darin die Unterwerfung der bürgerlichen Gewalt unter die geistliche Behörde! Diese Doctrin wird heute in den katholischen Universitäten Frankreichs gelehrt, namentlich in Lyon von einem Professor, der dem Senat angehört. Man führt in dieser Universität einen Feldzug gegen die Eroberungen der Revolution. Man geht dort so weit, den Civiletat für die Geistlichkeit zurückzuverlangen und zu behaupten, daß die Theilung der Güter eine schlimme Sache sei und durch die Testamentsfreiheit ersetzt werden müsse, um den Organismus umzustossen, auf welchem die modernen Ideen beruhen.

Wenn die französische Revolution auf diese Weise bedroht ist, soll man sie dann nicht verteidigen? (Beifall links.) In Frankreich gibt es wahre Schulen der Contre-revolution, die dort verwandten Lehrbücher für die Geschichte sind nicht so grob gefälscht wie früher; der Vater Loriaque wurde bedeutend verbessert. Man muß diese Bücher lesen, um zu begreifen, von welchem feindseligen Geiste gegen die moderne Gesellschaft sie besetzt sind. Man liest z. B. darin, daß die Feudalabgaben wenig drückten, sich zuweisen auf einige Quibdigungen beschränkten und der heutige Staat sich dem Steuerpflichtigen gegenüber nicht so

Der höhere Zollsatz von 6 M. wird darauf abgelehnt und (nach der Vorlage) der niedere von 3 M. angenommen; die „rohen Bettfedern“ werden auf Antrag des Abg. Windthorst frei eingelassen.

Pos. 19, über welche ebenfalls Abg. Graf Frankenberg referirt, bestimmt für Kupfer und andere nicht besonders genannte unedle Metalle, Legirungen aus unedeln Metallen, anderweitig nicht genannte und Waaren daraus:

a) in rohem Zustande oder als Bruch; Kupfer und andere Scheidemünzen frei; b) geschmiedet oder gewalzt in Stangen und Blechen; auch Draht und Telegraphenlabel 12 M.; c) in Blechen und Draht, plattirt 28 M.; d) Waaren, und zwar: 1) grobe Kupferschmiede- und Metallgießwaaren, auch in Verbindung mit Holz oder Eisen, ohne Politur und Lack; ferner Röhren von Messingblech und Drahtgewebe 18 M.; 2) andere, soweit sie nicht unter Nr. 19 a) oder wegen ihrer Verbindung mit andern Materialien unter Nr. 20 (Kurzwaaren) fallen, 30 M.; 3) aus Aluminium, Nickel; seine, insbesondere Zuggegenstände aus Alfenide, Britanniametall, Bronze, Neusilber, Tombac und ähnlichen Legirungen; seine verzierte Messingwaaren, auch in Verbindung mit andern Materialien; alle diese Waaren, insofern sie nicht unter Nr. 20 fallen, 60 M.

Hierzu beantragt Abg. v. Neumann, in 19 a) „Kupfer in rohem Zustande oder als Bruch“ mit 3 M. Zoll zu belegen, Kupfer- und andere Scheidemünzen dagegen zollfrei zu belassen; die Abg. Wöllmer, Sonnemann, Löwe-Berlin zu 19 b) einen Zollsatz von 10 M. 50 Pf.

Abg. Frankenberg verteidigt den Beschluß der Commission, das Rohkupfer frei einzulassen, da man nicht zu Gunsten des einzigen mansfelder Kupferbergwerks dem gesammten Kupferverbrauch im Inlande eine Abgabe auflegen wollte.

Abg. Stumm empfiehlt diesen Schutz Zoll im Interesse des alten deutschen Kupferbergbaues, der namentlich im Mansfeldischen unter sehr ungünstigen Verhältnissen betrieben werde. Der Kupferzoll sei notwendig, weil die Holzölle das zum Grubenbau nöthige Holz vertheuern würden; außerdem würde der Aufschwung der Eisenindustrie die Kohle und auch den Coals vertheuern.

Abg. Dr. Delbrück:

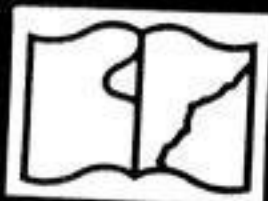
Ich bitte Sie, den Antrag des Abg. v. Neumann abzusprechen und dagegen dem Vorschlage der verbündeten Regierungen, welcher ja auch von Ihrer Commission acceptirt wurde, zuzustimmen. Es handelt sich eigentlich lediglich um den mansfelder Bergbau. Ich erkenne nun zunächst an, daß dieser Betrieb in so intelligenter Weise geführt wird, sowohl nach der wissenschaftlichen wie nach der technischen Seite hin, daß wir stolz auf ihn sein können. Aber bei aller Sympathie für diesen Kupferbergbau muß ich mich gegen den Antrag aussprechen. Die ungünstige Lage des mansfelder Bergbaues beruht hauptsächlich auf den hohen Umständen; daß zunächst die Veranlagung der Bergwerke eine ungünstige ist; und daß außerdem infolge von alten Recessen zu viele Verpflichtungen für das Bergwerk vorliegen, vom Bruttoertrage übermäßige Zahlungen zu Gunsten von geistlichen und Schulinstituten zu leisten. Da ist eine Erleichterung und die so notwendige Verbesserung der Verhältnisse nur zu erreichen, wenn durch die preussische Gesetzgebung eine rationellere Einrichtung in diesem Abgabewesen herbeigeführt wird, und wenn eine vernünftige Ablösung dieser Lasten, welche an die geistlichen Institute zu zahlen sind, eintritt. Dadurch, daß ein Zoll auf Kupfer gelegt wird, welcher diese so bedeutende Industrie arg zu schädigen geeignet ist, wird der Mansfelder Bergbau nicht befördert, und ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

Abg. Stumm:

Was die Ablösungen der geistlichen Abgaben anlangt, so glaube ich, sind dieselben nicht in so leichter Weise zu erreichen, wie der Redner annimmt. Im übrigen werden durch den Tarif alle andern Industrien geschädigt, und

nachschichtig zeige (Gellächter); daß die Inquisition niemals zum Tode verurtheilt, daß die Widerrufung des Edicts von Nantes ein gutes Werk gewesen! Die Principien von 1789 werden darin offen bekämpft. Diese Bücher sind von einem unverstehlichen Dasse gegen die moderne Gesellschaft besetzt. Man macht sogar die von Carnot geschaffenen Armeen lächerlich und behauptet, der Continent habe es nicht verstanden, Frankreich gegen den Einmarsch des Auslandes zu verteidigen. Die Freiwilligen von 1789 würden auf schimpfliche Weise mit der Aushebung der Mobilien von 1870/71 verglichen. (Lärm.) Es wird darin gesagt, daß in England die Frauen Sklavinnen seien, die Kinder verkauft werden und daß dies die natürliche Folge des Anglikanismus sei! Das Ideal, welches man den Schülern vorführt, ist eine dem souveränen Papste unterworfenen Monarchie. Die moderne Geschichte wird verhöhnt und die Ordonnanzen von Karl X. werden gepriesen, und ihnen wird nur Ein Vorwurf gemacht, daß zu ihrer Ausführung wirksamere Maßregeln hätten ergriffen werden müssen. Die Regierung Ludwig Philipp's wird auf alle mögliche Weise beschimpft und der Act vom 16. Mai als ein Act der Energie verherrlicht, der von guter Absicht inspirirt gewesen sei. (Gellächter links.) Wenn die Bücher so sind, wie muß dann der mündliche Unterricht sein! Es besteht eine ernste Gefahr, gegen welche der vorliegende Gesetzentwurf vielleicht nur ein Palliativmittel ist. (Neuer Beifall links.)

Er glaube, die von Lamy, seinem Vorredner, verlangten Thatfachen beigebracht zu haben. Wie hat sich, so sagt dann der Minister, die Regierung diesen Thatfachen gegenüber zu verhalten? Soll sie, wie gestern Hr. Lamy beantragte, für alle Welt die Vereinsfreiheit kultiviren und die Angriffe des Jesuitismus mit Verachtung strafen? Das alte Régime hatte, um gegen die kirchliche Gefahr zu kämpfen, Hülfsmittel, welche die moderne Gesellschaft nicht besitzt. Heute gibt es keine absolute Gewalt mehr, sondern eine Regierung der öffentlichen Meinung. Die frühere parlamentarische Bourgeoisie ist eine schwächliche Bourgeoisie und die Geistlichkeit ist geknechtet. Wenn es Familienvätern heute ansteht, ihren Kindern eine Erziehung nach dem alten





wenn das Kupfer allein eingeschlagen bleibt, wird es allein ... Ich bitte Sie also nochmals dringend, den Antrag ...

Das Haus lehnt jedoch den Antrag ab. Das zu Pos. 19b gestellte Amendement wird darauf, nachdem sich der Referent Abg. Graf Frankenberg ...

Die übrigen Unterabtheilungen der Pos. 19 werden debattenlos ebenfalls nach den Vorschlägen der Commission genehmigt.

Es folgt Pos. 38: Thonwaaren: a) Gewöhnliche Mauersteine, feuerfeste Steine, Dachziegel, ...

Zu Pos. 38 b beantragen die Abg. Sonnemann, Hoyer-Berlin und Dr. Karsten, glasierte Röhren nur mit 50 Pf. zu belegen.

Abg. Sonnemann glaubt, daß der höhere Zoll lediglich ein Finanzzoll und die heimische Industrie zu schaden durchaus ungeeignet ist, dagegen für die Consumtion eine unnütze Vertheuerung herbeiführen werde.

Abg. Dr. Lieber tritt diesen Ausführungen entgegen. Der Zoll sei im vollsten Sinne des Wortes ein Industriezoll von wesentlicher Bedeutung; Redner bittet daher, den Antrag Sonnemann abzulehnen.

Nachdem sich auch der Bevollmächtigte zum Bundesrath Königlich württembergischer Obersteuerrath v. Moser gegen diesen Antrag ausgesprochen, wird derselbe verworfen.

Ohne Debatte werden die übrigen Theile von Pos. 38 angenommen. Demnachst verlegt sich das Haus bis Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Zolltarif, zwei Rechnungsberichte.

Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandelsgerichts.

(Nachdruck verboten. Gesetz vom 17. Juni 1870.) Leipzig, 29. Juni. Neue Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandelsgerichts sind folgende:

1) Eine zur Sicherstellung künftiger Ansprüche hinterlegte Caution kann nicht eher zurückgefordert werden, als bis sich der Zweck der Sicherstellung erledigt hat. Dieser allgemeine Grundsatz gilt auch von einer solchen Caution, welche der Director (Vorstand) einer Actiengesellschaft zur Sicherung etwaiger Ansprüche bestellt, die der letzteren aus seiner Geschäftsführung erwachsen können.

2) Gemäß §. 26, Tit. 6, Theil I des Preussischen All-

gemeinen Landrechtes „muß der, welcher ein auf Schadensverhütungen abzielendes Polizeigesetz vernachlässigt, für allen Schaden, welcher durch die Beobachtung des Gesetzes hätte vermieden werden können, ebenso haften, als wenn derselbe aus seiner Handlung unmittelbar entstanden wäre“.

3) Das Verfolgungsrecht des Absenders aus Art. 402 des Handelsgesetzbuches cessirt erst, wenn die Waare aufgehört hat, in transitu zu sein, und dieser Zeitpunkt tritt nach §. 26 der Preussischen Concursordnung erst ein, wenn die Waaren „in das Waarenlager oder in einen andern Aufbewahrungsort des Gemeinschuldners oder eines Dritten abgeliefert sind, welcher den Auftrag hat, sie zur Verfügung des Gemeinschuldners zu halten“.

4) Zur Anwendung der Schlussbestimmung im Art. 427 des Handelsgesetzbuches, wonach „im Falle einer bösslichen Handlungsweise der Eisenbahnverwaltung und ihrer Leute die Beschränkung der Haftung der ersteren auf den Normaltarif oder den angegebenen Werth des Gutes nicht geltend gemacht werden kann“, genügt es, wenn die Nachforschungen ergeben haben, daß das betreffende Frachtgut durch einen Diebstahl abhanden gekommen ist, dessen Ausführung nur möglich gewesen ist entweder durch das Eisenbahnpersonal selbst oder durch dolose Zulassung desselben.

5) Auf einem auf die Eheleute „Vincent und Franziska & Co.“ gegangenen Wechsel stand an der für das Accept bestimmten Stelle: „Angenommen Franziska & Co.“, und darunter: „Prolongirt auf den 1. April 1878 Vincent & Co., Franziska & Co.“ Vom Appellationsgericht ist die Wechselklage gegen den Eheemann & Co. zurückgewiesen, weil dessen Unterschrift nicht das Accept der Ehefrau, sondern nur den Prolongationsvermerk betreffe und dieser als eine Annahmeerklärung im Sinne des Art. 21 der Wechselordnung nicht gelten könne.

6) Die Eisenbahnpetition hat es nicht nötig, sich durch eigene Untersuchung von der Richtigkeit der im Frachtbrief gemachten Angaben zu überzeugen, weil ihr hierfür nach Abs. 1, §. 4 des §. 50 des Betriebsreglements vom 11. Mai 1874 der Versender bürgt. Wenn sie aber, wozu sie Abs. 2 ermächtigt, den Inhalt prüft und die Unrichtigkeit der Declaration entdeckt, gleichwohl aber die Güter auf Grund des (unrichtigen) Frachtbriefs zum Transport übernimmt, so kann sie die ihr sonst wegen der Unrichtigkeit zustehende Conventionalstrafe nicht fordern, und zwar auch dann nicht, wenn sie sich im Irrthum über Anwendung und Auslegung des Tarifs befand.

7) Die Eisenbahnpetition hat es nicht nötig, sich durch eigene Untersuchung von der Richtigkeit der im Frachtbrief gemachten Angaben zu überzeugen, weil ihr hierfür nach Abs. 1, §. 4 des §. 50 des Betriebsreglements vom 11. Mai 1874 der Versender bürgt. Wenn sie aber, wozu sie Abs. 2 ermächtigt, den Inhalt prüft und die Unrichtigkeit der Declaration entdeckt, gleichwohl aber die Güter auf Grund des (unrichtigen) Frachtbriefs zum Transport übernimmt, so kann sie die ihr sonst wegen der Unrichtigkeit zustehende Conventionalstrafe nicht fordern, und zwar auch dann nicht, wenn sie sich im Irrthum über Anwendung und Auslegung des Tarifs befand.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 30. Juni. Das Tagesgespräch in parlamentarischen Kreisen bildete heute die Ministerkrise. Daß Hr. Hobrecht sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, ist nunmehr auch von den Officialen bestätigt. Ueber die Motive des Schrittes hört man verschiedene Versionen. Die unwahrscheinlichste ist ohne Zweifel die, daß Hr. Hobrecht sich durch den Beschluß der Tabaksteuercommission über die Zoll- und Steuerfrage dazu habe bestimmen lassen.

Die Redaction des Blattes fügt hinzu: „Nachträglich wird uns als bestimmt versichert, daß auch die Staatsminister Dr. Falk und Dr. Friedenthal bereits Entlassungsgesuche eingereicht haben.“ Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 30. Juni: „Es wird als bestimmt versichert, daß auch die Staatsminister Dr. Falk und Dr.

Regime zu geben (Unterbrechungen rechts), so kann es andern in den Kopf kommen, Handwerkerzünften zu gründen, an welchen ein Unterricht erteilt wird, welcher der Commune angenehm sein würde. Hoffentlich die Wirkungen der schwarzen Internationale durch die Kraftanstrengungen der rothen Internationale unschädlich zu machen? Dies wäre eine große Thorheit, denn eine absolute Unterrichtsfreiheit würde den Jesuiten den ganzen Unterricht in die Hände spielen. Wahr ist, daß die Republik eine Coalition besiegte, in welcher die liberale Partei eine wichtige Rolle spielte. Dies ist aber kein Grund, um zu entwaschen. Man darf nicht vergessen, daß die Geschicke Frankreichs nur durch eine Stimme Mehrheit gerettet wurden und daß das Unternehmen vom 16. Mai nahe daran stand, ein Gewaltstreich zu werden. (Beifall links.) Es würde für die liberale Partei doch zu bequem sein, wenn dieselbe heute nur zur Republik zu kommen brauchte, damit wir blindes Vertrauen zu ihr haben. Die Masse des Landvolkes widerstand allen Unternehmungen, weil sie die Erinnerung von 1789 bewahrt haben, dessen Principien für sie ein Evangelium sind. Das Nämliche ist nicht der Fall mit der Bourgeoisie. Kann man eine Gesellschaft wünschen, in welcher die Söhne des Volkes und die Söhne der Bourgeoisie zwei feindliche Lager bilden würden?

Ohne Zweifel wird das Gesetz, welches für die Vereinsfreiheit vorbereitet wird, ein gemeines Recht bilden; aber es muß den Bedürfnissen der öffentlichen Sicherheit Rechnung tragen. Es muß der Regierung das Recht geben, eine Gesellschaft aufzulösen, wie die der Jesuiten, welche die französische Jugend vergiftet. (Heftiger Widerspruch rechts.) Es handelt sich also nicht um eine Vereins-, sondern um eine Unterrichtsfrage. Man schlägt ein anderes Mittel vor, nämlich eine strengere Ueberwachung. Wenn man diese Vorlage näher prüft, so wird man sehen, daß sie nur eine neue Ausgabe des Gesetzes von 1850 ist. Die durch dieses Gesetz verliehenen Rechte sind nicht genügend. Die Verwaltung kann zwar die schlechten Bücher mit Uebereinstimmung des Oberunterrichtsrathes verbieten; aber gegenwärtig gibt es keinen Oberunterrichtsrath. Derjenige, dessen Voll-

machten gerade beendet sind, verbannte nie das Buch eines hohen Beamten der Universität, weil er die Sitten Franz' I. und Ludwig's XIV. etwas streng beurtheilte. Was man am Ende gegen die Bücher thun kann, das ist bei einem Einsprechen gegen Lehrer fast unmöglich. Das Gesetz gestattet nur individuelle Maßnahmen wegen Unfähigkeit oder schlechter Ausführung. Die Ueberwachung hat keinen festen Boden. Man kann keine allgemeinen Maßregeln ergreifen. Die Vergehen sind nicht gefährlich, sondern die Tendenzen. Um zu verhindern, daß diese Tendenzen ihre Wirkungen hervorbringen, gibt es nur ein Mittel: den Ausschluß der Körperschaft aus dem Unterrichtsweesen! Man hat dem Gesetzentwurf vorgeworfen, daß er ungenügend. Man sagt, die Congregationen könnten den Namen ändern und andere Kostüme anlegen. Daß sie dieses thun, ist nicht wahrscheinlich. Die Jesuitengesellschaft gefaltet sich nie um, sie sagte immer, daß sie das sei, was sie sei, oder daß sie nicht sein würde. Die Erfahrung hat es bewiesen, und von 1828 bis 1848 wurde diese Erklärung auf lokale Weise gehalten. Täuschung würde übrigens schwierig sein. Es handelt sich um ungefähr 30 große und schöne Anstalten, deren Personal bekannt ist. Eine Maskirung ist deshalb nicht zu befürchten.

Man behauptet ferner, daß die ermächtigten Congregationen, die Weltgeistlichkeit und alle Katholiken den Principien der Jesuiten gewonnen seien. Ich erhebe Einspruch gegen diese Behauptung. Die ungenügende Mehrheit der Katholiken will in keiner Weise die Rückkehr zum alten System (Réim rechts), und in diesem Sinne wird der Unterricht in den katholischen Facultäten geleitet. Der Sylabus, ein Werk der Jesuiten, ist keineswegs ein Glaubensartikel, und in der Kirche Frankreichs gibt es eine Partei, die ihn gewollt, und eine andere, die ihn erduldet und über ihn wachet. Man hat ihn durchgesetzt, aber er wurde nicht ohne Vorbehalt angenommen. Was die gläubige Masse der Katholiken anbelangt, so ist sie in dieser Beziehung gleichgültig; sie weiß, daß ein Paps das ungeschähen machen kann, was ein anderer Paps gethan, und dies besonders — seit der Paps unfehlbar ist. (Sehr gut! links.) Man muß

also das Maß nicht überschreiten, und die Regierung glaubt genug gethan zu haben. Es scheint ihr genügen, die Jesuiten lahm zu legen, welche die Urheber jenes Versuchs einer religiösen Revolution sind; die Jesuiten, welche den Ton angeben und in der Kirche jetzt Mode sind. (Réim rechts.) Die Regierung hat niemals daran gedacht, Krieg gegen den Katholicismus zu führen. Dies wäre wahnfinnig und die verbrecherische Tollheit. Die Katholiken besitzen ihre volle Freiheit. Sie haben die Pressefreiheit, mit der sie selbst Mißbrauch treiben und die sie dazu benutzten, um den Unterrichtsminister mit Beschimpfungen zu überhäufen. Die Katholiken haben das Versammlungsrecht in 50000 Kirchen, sie haben das Vereinsrecht im vollsten Sinne des Wortes, weil sie mehr Ronnen und Mönche haben als vor 1789. Es gibt ein Reg. katholisches Comité, das aber ganz Frankreich ausgebreitet ist. Der Katholicismus ist frei, er ist organisiert und hat ein Budget von 54 Mill. Hat er das Recht zu sagen, daß er verfolgt sei? (Sehr gut! links.) Das Concordat, welches alle diese Verhältnisse regelte und erklärte, gibt keinen Raum für die Verfolgung. Man klagt den Minister ferner an, Unterrichtsbehörde auszulösen, und man fragt ihn, was er mit den Kindern thun werde, deren Schulen er schlicke. Man hat eine sehr phantastische Berechnung aufgestellt. Man muß vorerst die nicht ermächtigten Congregationen beiseitelassen, welche junge Mädchen erziehen. Diese Congregationen können ermächtigt werden. Dieses könnte auch der Fall mit Männergongregationen sein. Aber über die Jesuiten ist das Urtheil gefällt. Es handelt sich also um 16000 junge Leute; ein Theil dieser jungen Leute wird in die von den ermächtigten Congregationen oder weltlichen Geistlichen geleiteten Schulen gehen. Uebrigens sind die Staats- und Gemeindegymnasien im Stande, schon jetzt 29000 Zöglinge mehr aufnehmen zu können, ohne daß man auch nur einen neuen Professor anzustellen braucht. Außerdem sagte man, daß der Gesetzentwurf nicht gelegen komme, daß die Republik zu jung sei, um eine solche Last auf sich zu laden. Wenn man aber jetzt nichts thut, so wird man nie etwas thun. In ihrer



Friedenthal bereits ihre Entlassungsgesuche eingereicht haben. Bezeichnend für die Verworrenheit der Situation ist auch der Umstand, daß die „Post“, das Organ der Fraction, zu welcher Dr. Falk und Dr. Friedenthal parlamentarisch sich bisher gehalten haben, heute über alle Dimissionsgerüchte Schweigen beobachtet.

Die National-Zeitung schreibt, nachdem sie Dohrecht's Rücktritt nochmals erwähnt, weiter: „Das Gerücht, daß noch andere Minister ihre Entlassung gefordert hätten, ist seit Sonnabend stark verbreitet. Wie selbstverständlich wird dabei der Cultusminister in erster Linie genannt; soweit wir unterrichtet sind, ist das Gerücht jetzt ebenso wenig begründet als bei den zahllosen vordern Gelegenheiten. Die Schwierigkeiten der Stellung des Cultusministers sind aber so bekannt und offen liegend, daß man daran fortwährend Gerüchte knüpfen kann, ohne daß das Publikum irgend das Gefühl des Unwahrscheinlichen dabei hat. Der landwirtschaftliche Minister ist bekanntlich von agrarischer Seite gleichfalls auf heftige Weise bedrängt und es ist leicht zu berechnen, daß dieser ausgezeichnete Beamte, über dessen vorzügliches Wirken nur Eine Stimme der Anerkennung im Lande herrscht, dem Drange der Situation auf die Dauer nicht widerstehen kann.“ (Die neueste Nummer der National-Zeitung zweifelt nicht mehr an der Wahrheit obiger Gerüchte.)

Die von dem Bureau der Deutschen Reichs- und freiconservativen Partei herausgegebene Correspondenz spricht sich (also doch wol namens der Partei) über deren Stellung zum Frankenstein'schen Antrage in einer Weise aus, die wenigstens so viel erkennen läßt, daß diese Partei nur ungern von den National-Liberalen unter Bennigsen's Führung sich getrennt und mit dem Centrum pactirt hat. Bezeichnend ist, daß sie nicht von einem Antrage Frankenstein, sondern immer nur von einem „Beschlusse der Tariffcommission“ spricht, dem die Reichspartei sich angeschlossen habe (als ob nicht freilich dieser „Beschluss“ erst durch ihre Stimmen perfect geworden wäre), ferner daß sie ganz unverhohlen sagt: „Diese Lösung entspricht keineswegs den Absichten und Wünschen der Reichspartei.“ Ferner bekundet sie, wie „unerwünscht“ es „gerade jetzt“ der Reichspartei war, „nicht mit dem Bennigsen's Führung folgenden Theile der National-Liberalen zusammenzugehen zu können.“ Im übrigen sucht sie die Ungefährlichkeit des Centrumsantrages darzuthun, indem sie die schon bekannten Gründe hierfür nur etwas schwächerer wiederholt, und endlich bleibt sie dabei, daß nur auf diesem Wege — bei der Unsicherheit des Stimmverhältnisses in der national-liberalen Partei — überhaupt eine Finanzreform zu erreichen gewesen sei.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hebt heute mit gesperrter Schrift hervor, daß die verbündeten Regierungen zu dem Antrage Frankenstein noch keine Stellung genommen haben. Sie behauptet vielmehr, die Verhandlungen über diesen Antrag hätten „nur zwischen den Fractionen“ stattgefunden. Dagegen erzählt die „Germania“, daß Fürst Bismarck „in den jüngsten Verhandlungen über die Garantiefrage“ vollaufbewiesen habe, wie er die Kunst noch immer verstehe, im entscheidenden Augenblicke aus den Gleisen der alten Vorurtheile und des alten Schlenbrians mit einem überraschenden Ruck den Staatswagen in ein neues, besseres Gleis überzuführen. Mit höhnischem Hinweis auf den bisher festgehaltenen Gedanken der

Abschaffung der Matricularbeiträge sagt sie, Fürst Bismarck habe „mit jeder Hand die alten Spinnweben dieser fast zur fixen Idee gewordenen Einbildung zerrissen und dem altpreußischen wie dem liberalen Katechismus gegenüber die kühne Kezerei ausgesprochen, daß das Reich ebenso gut, wie bislang, auch ferner mit dem System der Matricularbeiträge existiren könne“. Die National-Liberale Correspondenz bemerkt dazu: „Wer ist hier nun der Flunzerer, die „freiwillig-gouvernementale“ „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ oder das Organ der Centrumpartei?“

Wir bemerken hierzu noch, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung auch indirect die bisherige völlige Neutralität der Regierungen, beziehentlich des Reichskanzlers, dem Frankenstein'schen Antrage gegenüber behauptet, indem sie sagt: „Etwas Sicheres über das Compromiß der drei Fractionen wird vor den Commissionsberatungen wol kein Mensch auf der Welt gewußt haben und bis zur Abstimmung in der Commission wol kaum deren Mitglieder selbst. Es ist daher sehr wohl möglich, daß nicht bloß die angeführten beiden Minister (Hofmann und Dohrecht), sondern sämtliche Minister (also auch der Ministerpräsident!) von dem unter sich getroffenen Abkommen der Fractionen erst durch die Abstimmung der autorisirten Vertreter derselben Kenntniß erhalten haben.“

N.L.C. Berlin, 30. Juni. Die Tariffcommission beschäftigt sich heute mit den verschiedenen Anträgen in Bezug auf die Durchfuhr von Getreide. Es handelt sich dabei bekanntlich um die Rückvergütung des Bolles für dasjenige fremde Getreide, welches, nachdem es mit inländischem vermischt worden, zur Ausfuhr gelangt. Es lagen verschiedene Anträge vor. Der Abg. Ridert wollte der betreffenden Tarifposition folgende Anmerkung angefügt wissen:

Für die vollständige Behandlung des beim Eingange in das Zollgebiet zur Durchfuhr declarirten Getreides, insbesondere bezüglich der für dasselbe zu bewilligenden Transitläger ohne amtlichen Mitverschluß, werden durch den Bundesrath diejenigen Erleichterungen gewährt, welche zur Sicherung und Aufrechterhaltung des Durchfuhrhandels erforderlich sind. Für das zur Durchfuhr declarirte Getreide wird ein Eingangszoll nur insoweit entrichtet, als dasselbe zum Verbrauch im Inlande gelangt und nicht durch eine gleiche Menge zur Ausfuhr gedragten inländischen Getreides ersetzt wird.

Der Abg. Graf Udo zu Stolberg suchte den gleichen Zweck durch eine bloße Resolution zu erreichen. Auch der Abg. Delbrück hatte einen Antrag gestellt, der indeß zu Gunsten des folgenden Antrages v. Heereman zurückgezogen wurde:

1) Für die in Nr. 9a—f des Tarifs (Getreide etc.) aufgeführten Waaren werden Transitläger ohne amtlichen Mitverschluß (§§. 108, 109, 115 und 118 des Gesetzes vom 1. Juli 1869), in welchen die Behandlung und Umpackung der gelagerten Waare uneingeschränkt und ohne Anmeldung und die Mischung der letztern mit inländischer Waare zulässig ist, mit der Maßgabe bewilligt, daß bei der Ausfuhr dieser gemischten Waare der in der Mischung enthaltene Procentfuß von ausländischer Waare als die zollfreie Menge der Durchfuhr anzusehen ist. 2) Die näheren Anordnungen über diese Privattransitläger und insbesondere über die an die Lagerinhaber zu stellenden Forderungen trifft der Bundesrath.

Bei der Abstimmung wurden der Antrag Ridert und die Resolution Stolberg mit 17 gegen 7 Stimmen abgelehnt, der Antrag v. Heereman mit gleicher Majorität angenommen.

— Das Centrum beschloß in einer Fractionssitzung

einstimmig, den Antrag Buhl auf eine Tabaksteuererhöhung von 86, resp. 45 M. zu verwerfen, daß, aber volle zwei Jahre inländischen Tabak ganz zollfrei zu lassen, ferner den Petroleumzoll von 6 auf 4 M. herabzumindern; über die Besteuerung des Kaffees wurde noch kein Beschluß gefaßt. Ueber diese Beschlüsse will das Centrum mit den Conservativen verhandeln.

— Aus Koburg vom 24. Juni berichtet die Koburger Zeitung: „Der am 22. Juni auf der Feste Koburg abgehaltenen dritten Hauptversammlung des Verbandstages des Mitteldeutschen Verbandes von Vereinen für öffentliche Vorträge, an welcher außer dem Vorsitzenden 18 Abgeordnete aus allen deutschen Gauen und ein Gast theilnahmen, wurde der Bericht der einzelnen Vereine über die im vorigen Winter bei ihnen veranstalteten Vorträge erstattet, die Nebenerliste für die nächstfolgende Vortragszeit (October 1879 bis April 1880) festgestellt und sonstige Verbandsangelegenheiten nach statutarischer Vorschrift erledigt. Die allgemein anerkannten Leistungen des Verbandes führten demselben im Laufe des letzten Verbandjahres viele recht ansehnliche Vereine zu, sodaß der Verband, welchen im Jahre 1876 6 Vereine aus der Wartburg constituirten, jetzt bereits 26 Vereine umschließt. Da der Verband, welchem auch die großen Vereine in Bremen, Rassel, Chemnitz, Frankfurt a. M., Hamburg, Mainz, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Nürnberg, Stuttgart u. angehören, sich gegenwärtig beweist von Leer in Ostfriesland bis Regensburg, vom Königreich Sachsen bis Baden erstreckt, füglich nicht mehr ein „Mitteldeutscher Verband“ genannt werden kann, so wurde beschloffen, demselben künftig als „Deutscher Verband von Vereinen für öffentliche Vorträge“ zu bezeichnen. Der Verband erfreut sich der warmen Sympathien hervorragender deutscher Redner, wie J. B. der Herren Dahn, Kiehl, Rittershaus, Kinkel, Krefftig, Jerusalem u.“

Preußen. X Berlin, 30. Juni. Unter dem 24. Juni hat der Minister für öffentliche Arbeiten einen sehr wichtigen Erlaß an die königlichen Eisenbahndirectionen gerichtet. Im Eingange desselben heißt es:

Die Verschiedenheit, welche zwischen dem einheitlichen deutschen Tariffsystem und den einem großen Theile der andern Tarife noch zu Grunde liegenden Systemen obwaltet, habe eine große Menge von Differentialtarifen und Frachtparitäten im Gefolge, welche den Interessen der deutschen Eisenbahnen zum Nachtheile gereichen, und durch ungerechtfertigte Begünstigungen fremder Erzeugnisse die deutsche Production zu schädigen geeignet seien.

Es heißt dann weiter: Die auf eine Verbesserung dieses Zustandes durch Herstellung combinirter Verkehre gerichteten Bestrebungen hätten bei dem Entgegenkommen eines großen Theiles der fremden Verwaltungen den Erfolg gehabt, daß ein Theil der internationalen Gütertarife, namentlich im Verkehre mit den polnischen, österreichisch-ungarischen, niederländischen, zum Theil auch belgischen Bahnen, nach neuen combinirten Systemen ins Leben getreten seien und ihrer Einführung späteßens am Jahreschlusse entgegenstünden. In andern internationalen Verkehren hätten indeß die Bemühungen der deutschen Verwaltungen den erwarteten Erfolg noch nicht gehabt. Da sei die Befreiung der obwaltenden Mißstände ohne eine formelle Kündigung der betreffenden Tarife nicht voranzujehen.

Der Minister erklärt darauf in Bezug auf die internationalen Tariffconventionen, welche einer sechsmonatlichen Kündigung unterliegen, daß zwar derartige Verabredungen die Rechte der Aufsichtsbehörde nicht

Jugend müssen die Regierungen große Dinge vollbringen. In zehn Jahren wird die Frage vielleicht unlösbar sein. Wenn man die Recriminationen in Betracht zieht, welche eine so einfache Maßregel hervorruft, so muß man begreifen, daß es hohe Zeit ist, zu handeln. Die Republik wird von den Parteien niemals weniger zu befürchten haben als heute. Heute wird alles, was aus der Uebereinstimmung der beiden Kammern und der Regierung hervorgeht, vom Lande angenommen werden. Die republikanischen Wähler erwarten mit Ungebuld eine Entscheidung und von den Parteien ist nichts zu befürchten. Im 80. Departement erhebt man für die Petitionen Unterschriften, weil man behauptete, daß es sich um die Vertreibung der Barmherzigen Schwestern handle. (Weisfall links.) Viele, welche unterzeichnet hatten, zogen ihre Unterschriften zurück, als sie eines bessern belehrt worden waren. Mehrere der Unterzeichner verlangen selbst, daß der Art. 7 angenommen werde. Dieser große Petitionssturm wurde auf die gewaltsamste und lächerlichste Weise hervorgerufen, aber man kann sicher sein, daß die Katholiken aufathmen werden, wenn sie sich nicht mehr unter dem Joche der Jesuiten befinden. Es würde vielleicht bequemer sein, allem ruhig zuzusehen, aber dieses würde nicht der Pflicht und dem Mandat der Kammer gemäß gewesen sein. Frankreich machte nicht zwei große Revolutionen, um von neuem unter die Herrschaft der Jesuiten zu kommen. Es würde äußerst unklug sein, den ewigen Gegnern der Revolution die französische Jugend zu überliefern. (Weisfall links.) Wenn eine solche Frage aufgeworfen ist, so muß sie gelöst werden; wenn der Art. 7 nicht angenommen wird, so kann die Geschichte sagen, daß die Jesuiten 1879 unter der Republik die Weishe erzielten, welche ihnen fehlte. Welcher Liberale möchte eine solche Verantwortlichkeit vor der Geschichte und vor seinen Zeitgenossen übernehmen? (Lebhafte Weisfall links und im Centrum.)

Bekanntlich ist es den durch die teplitz-ossleger Katastrophe im Februar unter Wasser geleiteten fünf Draunkohlenzügen beiderseits zur Pflicht gemacht wor-

den, am 15. Sept. mit dem Auspumpen der Schachte zu beginnen. Dieser Anordnung wird ohne Zweifel strikte Folge geleistet werden, wie die Vorbereitungen deutlich beweisen, die auf dem größten dieser Werke, der Nelson-Collery, bereits getroffen werden. Dort schickt man sich eben an, die zur Unterbringung einer vierhundertspindelfähigen Dampfmaschine und der dazugehörigen Kessel notwendigen Baustellen in Angriff zu nehmen. Das rasche Vorgehen der Nelson-Collery kann man im Hinblick auf die für die Ausführung der betreffenden Arbeiten besonders günstige Jahreszeit nur als sehr rationell bezeichnen; es läßt sich darum aber auch erwarten, daß die übrigen Werke, namentlich das angrenzende große Kohlenwerk Fortschritt, hinter Nelson-Collery nicht zurückbleiben werden.

Vom verstorbenen Prinzen von Oranien erzählt das Deutsche Montags-Blatt folgendes Geschichtchen. Der Prinz war in einer seiner Geldverlegenheiten. Sein Erscheinen bei einem pariser Börsenspieler genigte, diesem die zarte Situation klar zu legen. „Wie viel?“ „Das und das.“ „Hier ist der Cheque.“ „Ich werde Ihnen einen Schuldschein ausstellen.“ „Nur, wenn Hoheit selber will.“ „Wann fällig?“ „Das steht im Bestehen Ew. Hoheit.“ „Nicht zu bald ... nein ... einige Zeit hinaus ... nicht zu bald zahlbar ...“ „Meinetwegen am jüngsten Tage?“ „Das brähte vielleicht doch Unbequemlichkeiten mit sich, da ist schon zu viel fällig“, erwiderte der Prinz im geschäftsmäßigsten Ernst, „sagen wir lieber: am Tage darauf!“

— Soeben ist der 21. Jahrgang der Inseraten-Versendungsliste erschienen (Leipzig, C. A. Händel), eines Verzeichnisses der im Deutschen Reiche, in Oesterreich und in der Schweiz erscheinenden deutschen Zeitschriften wissenschaftlichen und unterhaltenden Inhalts, welche Inserate aufnehmen. Dieses nach den Wissenschaften geordnete Verzeichniß enthält die Angabe der Redacture, der Verleger, der Journalpreise, der Insertionsgebühren, der Auflagen, ob Changanerate angenommen und Recensionen geliefert werden u.

— Eine sensationelle Mitteilung über den Prinzen Louis Napoleon bringt der Berliner Börsen-Courier in einer Privatcorrespondenz aus London. In derselben wird eine höchst mysteriöse Geschichte erzählt, welche darauf hinausläuft, daß der Prinz eine heimliche Ehe eingegangen, aus welcher ein gegenwärtig etwa zwei Monate alter Knabe entsprossen sei. Die junge Mutter soll bereits eine Audienz bei der Kaiserin Eugenie nachgesucht haben.

— Aus Ravenna schreibt man vom 24. Juni: „Heute Morgen raste ein Wahnsinniger mit einem zweischneidigen Messer durch die Straßen und überfiel mit dieser Waffe die Passanten, die ihm in den Weg kamen. Gino, Hauptmann der königlichen Carabinieri, wurde getödtet, mehrere andere Personen wurden tödtlich verwundet; die Stadt war über diesen Vorfall in größter Aufregung.“

— Ein pariser Witzblatt legt dem Prinzen Jerome Napoleon einen Witz in den Mund, der auf seinen Sohn Victor, den angeblichen Präsidenten, Bezug hat. Derselbe habe von seinen „Rechten“ gesprochen, worauf Papa mit ironischem Lächeln entgegnet: „Songons d'abord à nos devoirs“ („Denken wir zuerst an unsere Pflichten“). „Dovoirs“ heißt auch „Schuldaufgaben“.

— Der Neuen Preussischen Zeitung wird aus Luckau vom 25. Juni berichtet: „Dieser Tage erhängte sich hier der Dachdecker E. in der höchsten Spitze des Daches der Hauptkirche, welche er umzubeden hatte. Da man ihn kaum an diesem schwer zugänglichen Orte gesucht haben würde, so hat er auf einem zurückgelassenen Zettel den Seinen den dunkeln Ort der That näher bezeichnet.“

— Die neulich erwähnte Broschüre: „Die deutschen Juden und Herr W. Marx von J. Perinhardt“ (Lobau in Westpreußen, R. Strasznel) ist bereits in zweiter Auflage erschienen.

berühmten  
men wer  
verwaltu  
die ferne  
abweichen  
hinaus  
Thä  
29. Juni  
in Mei  
ordnet;  
wie den  
jedoch  
angewen  
finanziel  
stehen ja  
wachsen,  
teresse a  
Landtage  
liberalen  
kommen,  
aus wie  
Reich ve  
zu wirken  
den Bol  
gegenüber  
wie die  
gespannt  
Centrum  
diese W  
Stimmu  
lichen V  
vorigen  
meilich  
hältst  
Tages g  
Rebe sei  
Bad  
zu Karl  
Gymna  
Reihe m  
Geograp  
der häus  
rung der  
manche  
sprechung  
dem So  
Werthes  
jeder B  
in hohen  
Umfange  
Eff  
Ich glau  
mittheil  
selbständ  
Es habe  
changen  
als berei  
daß der  
gefeste  
Vertraue  
in Borf  
ruhiges  
ungetheil  
Mehrheit  
ferer G  
neurogan  
hält den  
durch da  
tretung.  
vereine  
turnerst  
offenbart  
kerung g  
eine ein  
prangte  
ringlicher  
auffallen  
Sämtlich  
Sprache,  
Festes d  
zu bemer  
Verkehr  
Bereinen  
Mitglied  
Mitglied  
offiziere  
Jugend  
haupten  
sei überf  
Bu  
Preffe:  
seinem G  
treten is  
mährisch  
terland  
diplomati  
der Füh



berührten, daß aber dennoch Rücksicht darauf genommen werden solle, doch sollten die deutschen Eisenbahnverwaltungen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die fernere Geltung der von dem deutschen Tariffchema abweichenden Tarife nicht über den 1. Jan. 1880 hinaus zugelassen werden könne.

**Thüringische Staaten.** Aus Thüringen, 29. Juni. Wie kürzlich in Weimar, so sind auch jetzt in Meiningen Neuwahlen zum Landtage angeordnet; dieselben gehen in der Regel ohne eine irgendwie bemerkliche Wahlbewegung von statten. Sollte jedoch nach dem Princip des von der Tariffcommission angenommenen Franckenstein'schen Antrags mit der finanziellen auch die politische Machtspähre — beide stehen ja in innigster Wechselwirkung — der Einzelstaaten wachsen, so wird auch bald genug das öffentliche Interesse an den Landtagswahlen sich erhöhen. Die Landtage sind die alten Pflanzstätten des nationalen und liberalen Princips (Aberall?), und so kann es wieder kommen, daß die öffentliche Meinung auch von hier aus wieder auf die Hochhaltung des in Kaiser und Reich verkörperten Princips der deutschen Einheit einzuwirken versuchen muß. Man hat hier in Thüringen den Zoll- und Steuerfragen im allgemeinen kühl gegenübergestanden, weil man sowohl die Hoffnungen wie die Befürchtungen von der Steuerreform zu hoch gespannt glaubte; seitdem aber der Pact mit dem Centrum immer durchsichtiger geworden, ist man über diese Wendung aufs unangenehmste überrascht. Diese Stimmung tritt in der Presse wie in dem persönlichen Verkehr ganz offen zu Tage. Wenn im Sommer vorigen Jahres eine Wendung nach rechts sich bemerkt gemacht, so lag das in den bekannten Verhältnissen; nachdem jedoch Windthorst der Mann des Tages geworden, kann von diesem Zuge nicht mehr die Rede sein.

**Baden.** Aus Baden, 28. Juni. Die kürzlich zu Karlsruhe abgehaltene Conferenz der badischen Gymnasialdirectoren beschäftigte sich in erster Reihe mit dem Unterricht im Griechischen und in der Geographie, ferner mit der Schuldisciplin, dem Maß der häuslichen Aufgabe und der etwaigen Verminderung der wöchentlichen Schulstunden. Das wol auch manche Ihre Leser interessirende Ergebnis der Besprechung über den griechischen Unterricht gipfelte in dem Satz, daß dieses Fach wegen des vorzüglichen Wertes der griechischen Literatur an sich und ihrer hohen Bedeutung für die Cultur der modernen Völker in jeder Weise zu fördern; also in größtmöglichem Umfange in der Schule zu behandeln sei.

**Elßaß-Lothringen.** Aus Straßburg, 28. Juni. Ich glaube, gut unterrichtet zu sein, wenn ich Ihnen mittheile, daß unsere Stadt in Wäde wieder eine selbständige Municipalverwaltung erhalten wird. Es haben in dieser Hinsicht regierungseitige Besprechungen mit hervorragenden Bürgern stattgefunden, als deren Hauptergebnis die Uebereinkunft gelten kann, daß der gegenwärtige, von Seiten der Regierung eingesetzte Bürgermeisterverwalter Bad den Wählern als Vertrauensmann für den Posten eines Bürgermeisters in Vorschlag gebracht werden soll. Dr. Bad, dessen ruhiges und besonnenes Walten und Wirken allseits ungetheilte Anerkennung findet, dürfte mit großer Mehrheit gewählt werden. Diese Veränderung in unserer Gemeindeverwaltung soll erfolgen, bevor der neuorganisirte Landesauschuss zusammentritt, und erhält demgemäß auch unsere Stadt in demselben die durch das neue Verwaltungsgesetz gewährleistete Vertretung. — Letzten Sonntag feierten einheimische Turnvereine in dem benachbarten Schiltigheim ein Gauturnfest, wobei sich wieder recht deutlich die Bestimmung offenbarte, von welcher noch ein Theil unserer Bevölkerung gegen das Deutschthum befeelt ist. Auch nicht eine einzige deutsche Fahne war zu sehen, dagegen prangte ringsherum alles in den elßassischen und lothringischen Farben und die Turner selbst hatten sich sehr auffallend in den französischen Farben costümiert. Sämmtliche Commandos erfolgten in französischer Sprache, ebenso wurden beim gemüthlichen Theil des Festes die Toaste französisch gesprochen. Es ist noch zu bemerken, daß diese einheimischen Turnvereine jeden Verkehr mit den von Altdeutschen gegründeten gleichen Vereinen streng meiden und keinen Altdeutschen als Mitglied aufnehmen, ja, es wurden bereits mehrere Mitglieder ausgeschlossen, weil dieselben als Reservoffiziere dem deutschen Heere angehören. Eine solche Jugend wächst bei uns heran, und da will man behaupten, die Beibehaltung des Dictaturparagrafen sei überflüssig.

**Österreich-Ungarn.**

Zur Wahlbewegung schreibt die Neue Freie Presse: „Nachdem der böhmische Großgrundbesitz mit seinem Compromißabstufung in die Öffentlichkeit getreten ist, publicirt nun auch die feudale Partei im mährischen Großgrundbesitz ihren Wahlauftritt im »Baterland«. Was Graf Clam-Martiniy in ein gefälliges diplomatisches Halbunkel zu kleiden wußte, das hat der Führer der mährischen Feudalen Graf Egbert

Belcredi in rüchhaltigerer Form ausgesprochen. Seinem Wahlauftritt gegenüber kann es für niemand mehr einen Zweifel geben über Ziele und Pläne der feudalen Partei, die der neuen Strömung im cisleithanischen Cabinet sich überläßt. Das Programm dieser feudalen Coalition mit dem künftigen Ministerium Laaffe ist klar ausgesprochen, und jedermann erfährt, wohin wir steuern. Graf Belcredi erklärt es als das Programm seiner Partei, dahin zu wirken: »daß die österreichische Monarchie nur auf ihrer historischen Basis ihre providentielle Mission erfülle.« Das historische Österreich, heißt es dann in dem Wahlauftritt, »welches Gott in der Geschichte berufen hat, eine Schutzmacht unserer heiligen Kirche, ein Hort des Rechtes und der Freiheit seiner Länder und Völker zu sein, soll ein durch feierliche Verträge in sorgföhrter Rechtsentwicklung unter dem Scepter der erlauchten habsburg-lothringischen Dynastie zu Einem Reiche sich ausgestaltender Staatsverband werden.« „Man darf sich aber nicht wundern“, fährt das genannte Blatt fort, »daß die feudale Partei ihr Haupt lähn erhebt und heute schon mit ihren Plänen vor die Öffentlichkeit tritt, da die Regierung in ihren inspirirten Organen bereits die Maske zu lästen beginnt und aus ihren »conservativen« Bestrebungen kein Hehl mehr macht. Die Montags-Revue schreibt an hervorragender Stelle:

Angesichts jener Programme der Fortschrittspartei und der sie begleitenden Reden hat sich der ganze böhmische Adel seiner conservativen Mission erinnert, und wir stehen nicht an, zu erklären, daß auch die Regierung neben demselben als eine conservative erscheinen will. Sie wird wahrlich keine Politik der Reaction machen, sondern auf dem bisherigen ruhigen Wege der Fortentwicklung unsers Justizwesens, der öffentlichen Verwaltung, der materiellen Interessen vorwärts schreiten und mit oder ohne den Eintritt der Czaren und Feudalen nicht zugeben, daß von irgend-einer Seite an den Grundfesten der Verfassung, sei es nach der staatsrechtlichen, sei es nach der freiheitlichen Seite, gerüttelt werde. Sie bahnt die Verhandlungsversuche mit den Vöslinenzparteien nicht an, aber sie fördert sie innerhalb des Rahmens und getreu dem Geiste der Verfassung, weil sie wünscht, daß alle Parteien in Österreich ihren Streit auf dem Boden derselben ausfechten.

Das ist dieselbe Sprache, welche das Ministerium Höhenwart geführt, als es die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege beseitigen wollte.“

— In den sogenannten »Ordnungsproceß«, d. h. die Standalgeschichte wegen Anwendung von Orden gegen hohe Summen, sollen ziemlich hochstehende Personen verwickelt sein, nicht allein der ungarische Reichstagsabgeordnete und gewesene Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Gabriel Barady, sondern auch Graf Victor Zichy-Ferraris, Staatssecretär Tisza's. Uebrigens werden über den Ordnungsverlauf noch allerhand pikante Enthüllungen gemacht, so, daß man in Budapest bei ansehnlichen Kaufleuten mit Orden förmlich haustüren gegangen sei, wobei der Franz-Josephorden für 2000 Fl., der Eiserne Kronenorden für 8000 Fl. angeboten wurde.

**Frankreich.**

\* Paris, 29. Juni. Man liest in der République française: „Ein Wort über die Haltung, welche dem Prinzen Jérôme Napoleon seine neue Situation gebietet. Durch Saulois und Ordre haben wir erfahren, daß Hr. Rouher sich geäußert hat, daß Prinz Jérôme Napoleon als Oberhaupt der kaiserlichen Familie, als Oberhaupt der bonapartistischen Partei anerkannt ist. Andererseits versichern Blätter, welche mit dem Prinzen in freundschaftlicher Beziehung stehen, daß dieser nicht im geringsten als Präsident auftreten will und sich aufrichtig der Republik angeschlossen hat. Das ist recht hüßlich; wenn dem jedoch also ist, so hat der Prinz vor allen Dingen die Pflicht, der Partei, deren Oberhaupt er wird, seinen Willen kundzutun. Es wäre allzu bequem, sich für einen loyalen Anhänger des bestehenden Régime zu erklären, während die Partei fortföhre, die Republik hinterlistig zu belämpfen. Ist Prinz Jérôme Napoleon der Mann, den seine Freunde und vormalen, so muß er damit anfangen, die bonapartistische Armee aufzulösen. Das ist das Minimum von Garantien, welche man von ihm zu fordern berechtigt ist. Dann, und zwar erst dann, mag man untersuchen, ob es gelegen sei, ihn als einfachen Bürger zu behandeln.“

Der Soleil schreibt: „Die Republikaner beschwerten sich darüber, daß die Journale von der Republik weiter nichts, als von der Erbschaft der Republik sprechen, da doch diese Erbschaft noch nicht offen sei. Sie haben recht, diese Erbschaft ist noch nicht offen, und wir erklären ganz aufrichtig, daß wir nichts thun würden, damit dieselbe eröffnet werde. Ihr selbst werdet dieselbe eröffnen, wenn ihr fortföhrt zu regieren, wie ihr bisher gethan habt. Ihr werdet sie vielleicht früher eröffnen, als ihr glaubt, und früher als euerer Gegner es wünschten. Täuscht euch nicht; nicht ihr seid es, welche die Republik gegründet haben; was die Republik gegründet hat und dieselbe handhabt, das sind die Zwistigkeiten und die Widersprüche der beiden monarchischen Parteien. Ihr seid stark durch unsere Schwäche und mächtig durch unsere Ohnmacht.“

Im Senat zeigte der Präsident den Rücktritt des Senators für das Departement der Vogesen, Claudet, an; derselbe legt krankheitshalber sein Mandat nieder. Die Verhandlung über die Interpellation Savardie wegen der Eingriffe in die Freiheit und Würde des Richterstandes stand auf der Tagesordnung. Savardie will wissen, weshalb die Amtsentsetzungen noch immer fortbauern, deren Zahl schon 535 betrüge. Redner fährt eine Reihe von Thatsachen gegen die Präfecten und den Justizminister an. Der Justizminister unterbricht ihn mit den Worten: „Das ist eine Reihe von Beleidigungen und Beschuldigungen!“ Andere Unterbrechungen folgen. Der Präsident fordert Savardie auf, er möge die Freiheit der Rednerbühne nicht missbrauchen. Savardie läßt sich aber nicht irremachen und fährt in der gleichen Weise fort. Heftige Unterbrechungen und Proteste gegen die auf der Rednerbühne vorgebrachten Verleumdungen. Rathcy ruft Savardie zu: „Sie bringen Acten vor, die von den Jesuiten angefertigt wurden!“ Savardie setzt seine Rede unter heftigem Tumult fort. Schölicher beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Oberst Meynadier ruft: „Wir sind nicht hier, um Abschwörungen anzuhören!“ Savardie fährt fort. Von allen Seiten: „Genug, genug!“ Der Präsident erklärt Savardie, er könne ihn nicht mehr auf der Rednerbühne lassen, welche zu Anschuldigungen missbraucht worden sei. Ruhe auf der Rechten: „Die Thatsachen sind wahr!“ Es entsteht ein heftiger Tumult. Der Präsident ruft Baragon (Rechte) zur Ordnung. Savardie fährt fort: „Crémieux war nicht zurechnungsfähig!“ Nach einem heftigen Austritte nimmt auf Aufforderung des Präsidenten der Redner diese Beleidigung jurid. Savardie fährt fort zu schimpfen, er beleidigt den Gemeinderath von Paris und nennt den Ausschuss für Unterstüfung der Amnestirten einen Ausschuss politischer Unterstüfung für Mörder und Brandstifter. (Lärm.) Corban ruft: „Es sind hier fünf Mitglieder des Ausschusses anwesend, die Sie beleidigen.“ Pichat: „Sie sind ein Verleumder!“ Der Präsident ruft Savardie zur Ordnung, weil er seine Ausfälle nicht zurücknehmen wolle. Savardie fährt fort, der Lärm nimmt zu. Savardie wiederholt seine Ausfälle gegen „das Comité für Mörder“ und wird zum zweiten mal zur Ordnung gerufen. Die Sitzung dauert fort.

**Großbritannien.**

Aus London vom 28. Juni schreibt man der königlichen Zeitung: „Die Presse hat in der letzten Woche so viel Napoleoniana zu Tage gefördert, daß des Guten vielleicht nunmehr genug geschehen ist. Indessen verdient folgende Stelle aus dem Privat Schreiben eines Offiziers bei der Colonne des Generals Wood — bei welcher ja auch Louis Napoleon zuletzt stand — doch am Ende Erwähnung, da sie den großen Eifer des Prinzen im Felde erklärt: »Der kaiserliche Prinz wünscht sehr, wirklichen Kriegsdienst mitzumachen, und er würde sich von Herzen freuen, wenn es ihm vergönnt würde, seinen Dank dem englischen Volke dadurch darzutun, daß er eine britische Auszeichnung (Orden) gewissenhaft verdiente; er hat allen dazu nöthigen kriegerischen Eifer, welcher ihn dazu antreibt.« Das Schreiben erwähnt ferner, daß der Prinz der beliebteste Kamerad im Lager sei, daß er keine Mühe scheue, und daß er für jeden stets einen freundlichen Blick und ein freundliches Wort habe. Lord Stratheden and Campbell hat eine Interpellation darüber angekündigt, ob die Regierung beabsichtigt, dem Prinzen ein öffentliches Begräbniß zu geben.“

**Königreich Sachsen.**

**Der Sächsische Gemeindegtag.**

Aus Leipzig vom 29. Juni berichtet die Leipziger Zeitung: „Wenn wir nicht irren, war es in den sechziger Jahren, als sich aus einer Conferenz sächsischer Bürgermeister, die über die Mittel und Wege der Rathung pflogen, wie für die von ihnen vertretenen Städte während eines Theils des Jahres eine gute Theatergesellschaft zu beschaffen sei, der Sächsische Städtetag herausbildete, der später, als der Wunsch auftauchte, auch den Vertretern sächsischer Landgemeinden die Aufnahme in den Verband zu ermöglichen, den Namen Sächsischer Gemeindegtag annahm. In den letzten Tagen dieser Woche wird der letztere in unserer Stadt, wo er sich bereits vor sieben Jahren versammelte, um noch in letzter Stunde zu den damals dem Landtage vorgelegten Entwürfen der neuen Gemeindeordnungen und den Organisationsgesetzen Stellung zu nehmen und über diese Gesetzesvorlagen sein Votum abzugeben, tagen. Nach Bekanntmachung des derzeitigen Vorstandes, dessen Vorsitzender, Oberbürgermeister Dr. Georgi, ein langjähriger Freund und Förderer der Bestrebungen des Gemeindegtages ist, werden die beiden Hauptversammlungen Freitag und Sonnabend, den 4. und 5. Juli, vormittags 11 Uhr, im Saale des Kaufmännischen Vereins stattfinden; für den Nachmittag des Freitag ist ein Festmahl in Vo-



morand's Etablissement, für den darauffolgenden Tag ein Besuch der Kunstgewerbeausstellung, sowie eine Uebung der städtischen Feuerwehr mit der neuen Dampf-Feuerspritze in Aussicht genommen.

Zunächst wird sich der Gemeindegast nach Erlebung von Vereinsangelegenheiten mit der Stellung der sächsischen Gemeinden zu den Reichsgesetzen vom 7. und 8. April 1876 betreffend die eingeschriebenen Hülfsklassen beschäftigen. Als Grundlage für die Beratungen hat der Referent Stadtrath Dietel in Leipzig zehn Thesen zusammengestellt, denen ein Bericht des Directors des städtischen Statistischen Bureau in Leipzig über die einschlagenden Verhältnisse, insbesondere über die Zahl der auf Grund des Reichsgesetzes in eingeschriebene umgewandelten, beziehentlich neu errichteten Hülfsklassen, über den Einfluss des Gesetzes auf den Fortbestand etwaiger polizeilicher Bestimmungen, durch welche die Arbeiter, Gesellen u. angehalten wurden, einer Krankenkasse beizutreten oder doch die fortgesetzte Zugehörigkeit zu einer solchen nachzuweisen, sowie über die bisher beobachteten Wirkungen der gesetzlich statuirten Ausnahme der Knappschaftsklassen von dem Hülfsklassengesetz vorausgeschickt ist. In den betreffenden Thesen wird unter andern empfohlen, durch Ortsstatut die Bildung von Hülfsklassen nach Maßgabe des Reichsgesetzes anzuordnen, die Einrichtung der Klassen nach Anführung der Beteiligten zu regeln und die Verwaltung der Klassen sicherzustellen, beziehentlich, wo bereits vor Erlass des Reichsgesetzes nach Maßgabe des §. 16 des Landesgesetzes vom 23. Juni 1868 die von der Gemeindebehörde getroffene Einrichtung bestand, daß Gesellen, Gehälfen und Fabrikarbeiter regelmäßige Beiträge zum Zweck der Krankenunterstützung entrichten, die betreffende Klasse in eine eingeschriebene Hülfsklasse umzuwandeln.

Als zweiter Verhandlungsgegenstand ist die Frage, ob zu einer Revision des Volksschulgesetzes ein Bedürfnis vorliege, bestimmt. Auf dem im Jahre 1876 zu Plauen abgehaltenen sächsischen Gemeindegast war eine Commission von sechs Mitgliedern mit Ausarbeitung eines bezüglichen Gutachtens beauftragt worden, in deren Namen Bürgermeister Dr. Grundig-Pegau einen ebenfalls gedruckt vorliegenden Bericht erstattet hat. Die Commission hatte zunächst an sämtliche sächsische Gemeinden von 3000 Einwohnern und darüber das Ersuchen um Mittheilung der von ihnen bei der Verwaltung des Volksschulwesens gemachten Erfahrungen und insbesondere die Anfrage gerichtet, ob man bei der praktischen Anwendung des Gesetzes dahin gelangt sei, die eine oder andere Bestimmung desselben als den wahren Interessen der bürgerlichen Gemeinde nicht förderlich erachten oder sonst aus einem Grunde für abänderungsbedürftig bezeichnen zu müssen. Leider ist auf diese an 137 Gemeinden gerichtete Anfrage nur von insgesamt 57 Gemeinden, also von wenig mehr als 40 Proc. Auskunft ertheilt worden; auch die Stadt Leipzig scheint von Beantwortung der Anfrage abgesehen zu haben. Die Commission ist übrigens auf Grund der eingegangenen gutachtlichen Aeusserungen zu der Anschauung gelangt, dem Gemeindegast anempfehlen zu sollen, von einer Revision — soll wol heißen von Stellung eines Antrages auf eine Revision — des Schulgesetzes zur Zeit abzusehen.

Außerdem ist noch für die Versammlung von dem Stadtrath Rudin in Plauen zur Besprechung angemeldet worden: 1) die Stellung städtischer Schutzmannschaften und sonstiger Executionsmannschaften im Dienste der Sicherheitspolizei zu §. 20, Nr. 4 und 5 der Controlordnung vom 28. Sept. 1875; 2) die Unterstützung städtischer Polizeibehörden bei gerichtspolizeilichen Erdörterungen von Seiten der Telegraphenämter.

Die Dresdner Nachrichten berichten aus Dresden: „Die Abreise Ihrer königlichen Majestäten nach der Schweiz erfolgt am 2. Juli nachmittags mit dem gewöhnlichen bairischen Kurierzuge über Hof-Einbau. Se. Maj. der König wird während seines Aufenthalts in Ragaz sich den Regierungsgeschäften widmen, soweit dies der Gebrauch einer Cur gestattet. Zu diesem Behufe begleiten den Monarchen Geh. Legationsrath v. Wagdorf (Civilstaatsdienst) und Adjutantmajor v. Ehrenstein (Militärangelegenheiten). Ihre Maj. die Königin begibt sich nach kurzem Aufenthalte in Ragaz über Landquart, Klosters, Davos und Fluelsapf nach Bad Tarsasp im Engadin. Gräfin Einsiedel und Fr. v. Überode begleiten die hohe Frau.“

\* Leipzig, 1. Juli. Der heutige Tag ist für die Deutsche Allgemeine Zeitung ein Festtag. Der Herausgeber derselben, Dr. Eduard Brodhaus, Mitbesitzer der Firma F. A. Brodhaus, begeht heute das fünfundsiebenzigjährige Jubiläum seines Eintrittes als Theilhaber in das väterliche Geschäft. Möge ihm vergönnt sein, die alte und angesehene Firma im Verein mit seinem jüngern Bruder und Mitbesitzer, Hrn. Rudolf Brodhaus, noch recht lange in der bisherigen Frische und Kraft fortzuführen und zu immer größerer Blüte zu entsalten!

\* Leipzig, 30. Juni. Am gestrigen Sonntag ist der Besuch der hiesigen Kunstgewerbeausstellung wieder ein über-

aus zahlreicher gewesen, zumal auch viele fremde Besucher auf allen hier einmündenden Bahnen, zum Theil unter Benutzung von Extrazügen, hier eingetroffen sind. Besonders stark scheint der Verkehr auf der Baurischen Bahn gewesen zu sein; man hat berechnet, daß dort im Laufe des Tages 10000 Personen angekommen sind. — Gestern Abend gegen 10 Uhr ist auf dem hiesigen Johannisplatz eine 70 Jahre alte Bauerswitwe von auswärts von einem Pferdebestenwagen überfahren und so erheblich verletzt worden, daß sie im hiesigen Krankenhaus, wohin sie sofort gebracht worden war, heute früh verstorben ist.

\* Leipzig, 1. Juli. Im Monat Juni d. J. wurden im Fremdenbureau des Polizeiamtes, Abtheilung für Gewerbegehilfen, 2595 zugereiste Gewerbegehilfen angemeldet, 425 erzielten Arbeit und 269 traten aus der Arbeit und reisten ab. — Im vergangenen Monat wurden 757 Auswanderer, meist Böhmen, von hier nach Bremen weiter beordert. — Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr verunglückte der Güterbodenarbeiter Werner aus Eutritzsch, 47 Jahre alt, verheirathet und Vater von acht Kindern, auf dem Berliner Bahnhofe dadurch, daß er vor dem Güterboden zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen gerieth und so erhebliche Verletzungen erlitt, daß er bald darauf verstarb.

\* Leipzig, 1. Juli. Vorgestern besuchte der hiesige Volksbildungsvorstand die hiesige Kunstgewerbeausstellung unter der fachkundigen und um die Belehrung der Vereinsmitglieder freundlich bemühten Leitung des Professors zur Straßten.

### Handel und Industrie.

\* Karlsruhe, 30. Juni. Prämienziehung der Badischen 35-Fr. Lose. Je 1000 Fr.: Nr. 42222, 52634, 53905, 61404, 82866, 101330, 155855, 187934, 266778, 267786.

\* Bremen, 30. Juni. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,05, per Juli 7,10, per August 7,20, per September-December 7,45.

\* Antwerpen, 30. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17 1/2, per Juli 17 1/2, Br., per September 18 1/2, Br., per September-December 18 1/2, Br. Markt.

\* Glasgow, 30. Juni. Roheisen. Mixed numbers warrants 40 Sch. 10 D.

\* Liverpool, 30. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umlauf 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner 1/2 D. theurer. Widdl. amerikanische Juli-August-Lieferung 6 1/2, August-September-Lieferung 7 D.

### Börsenberichte.

\* Berlin, 30. Juni, 3 Uhr — Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 98,90, 4proc. preuss. consol. Anf. —, 3proc. schf. Rente 76,20, Deft. 1860er Lose 122,70, do. Papierrente 58,20, do. Silberrente 58,90, do. Goldrente 68,30, Ungar. Goldrente 81,90, Russ. consol. 1877er Anf. 88,40, do. Prämienanleihe 148,50.

Bankactien. Allg. Deutsche Creditanst. 130,80, Chemn. Banko. 87,—, Koburger Cred. 70,—, Darmst. B. 128,50, Deutsche B. 120,—, Deutsche Reichsb. 155,—, Disconto-Comm. 148,75, Dresd. B. 112,25, Ceraer B. 86,—, do. Handels- u. Creditb. 40,—, Gotthard B. 94,—, Leipziger Discoutoges. 75,—, Meining. Creditanst. 81,10, Oberlausf. B. 71,—, Schff. B. 109,25, Schff. B. 22,—, Thüring. B. 80,25, Weimar. B. 86,50. — Deft. Creditanst. 460,—, Industrieactien. Selsenkirchen 99,25, Königs- u. Laurahütte 71,10.

Eisenbahnactien. Auffg.-Lepl. 161,90, Berg.-Märkische 88,75, Berlin-Anb. 93,—, Berlin-Potsd.-Magdeb. 91,75, Breslau-Schweidnig-Freib. 77,—, Berlin-Stettin 107,40, Köln-Minden 132,25, Galiz. Karl-Ludwigsh. 107,60, Halle-Soraun-Guben 14,25, Magdeb.-Halleberf. 137,75, Mainz-Ludwigsh. 74,25, Oberschles. La. A 149,25, Prag-Luzern 40,50, Deft. Franz. Staatsbahn 486,—, do. Nordwestb. 218,—, do. südl. Staatsb. 155,—, Rhein. 123,25, Rumän. Stammact. 31,10, do. Stammprior. 89,40, Thür. 130,75, Weimar-Cera Stammprior. 22,50.

Sorten. Napoleons'dor 16,23, Deft. Banknoten 175,50, do. Silbergolden 175,—, Russ. Banknoten 199,20. Wechsel. Petersburg l. S. 198,90, do. 3 M. 197,90, Wien l. S. 175,5, do. 2 M. 174,05.

\* Frankfurt a. M., 30. Juni. Schlusscourse: Londerer Wechsel 20,432, Wiener Wechsel 174,65, 3proc. Sächsische Rente 76 1/2, Deft. Papierrente 58 1/2, do. Silberrente 59 1/2, do. Goldrente 68 1/2, Staatsb. 241 1/2, Lomb. 76 1/2, Galiz. 213 1/2, Deft. Creditact. 229 1/2, Darmst. Bankact. 128 1/2, Deutsche Reichsbank 155 1/2.

\* Frankfurt a. M., 30. Juni, 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditactien 229 1/2, Franzosen 244 1/2.

\* Hamburg, 30. Juni. Silberrente 59 1/2, Goldrente 68, Creditact. 229 1/2, 1860er Lose 122 1/2, Franz. 604, Lombard 193, Ital. Rente 80 1/2, 1877er Russen 88 1/2, Vereinsbank 121 1/2, Laurahütte 70 1/2, Commerzbank —, Nordwestb. 145 1/2, Intern. Bl. —, Amerit. 95 1/2, Köln-R. 132 1/2.

\* Wien, 30. Juni. Schlusscourse. Papierrente 66,52, Silberrente 67,70, 1860er Lose 125,70, Nordwestb. 126,—, Bankact. 824,—, Creditact. 264,60, Anglo-Austr.-Bank 123,30, London 116,10, Silberagio 100,—, Ducaten 5,49 1/2, Napoleons'dor 9,22, Galiz. 244,—, Staatsbahn 275,50, Lomb. 57,—, Goldrente 77,60, Deutsche Reichsbank 66,95.

\* Paris, 30. Juni, 3 Uhr nachm. 3proc. amortisirb. Rente 85,17 1/2, 3proc. Rente 82,30, 1872er Anleihe 116,30 1/2, Ital. 5proc. Rente 81,60, Deft. Goldr. 68 1/2, Ung. Goldr. 83 1/2, 1877er Russen 92 1/2, Franz. 610,—, Lomb. 192,50, do. Prior. 268,—, 1865er Türken 12,07 1/2, 1869er 72,—, Türkenlose 47,75.

\* London, 30. Juni. Consols 97 1/2, Ital. 5proc. Rente 81 1/2, Lomb. 7 1/2, 5proc. 1871er Russen 85 1/2, do. 1872er 85, do. 1873er 85 1/2, Silber —, 1865er Türken Anleihe 12, 1869er do. —, 3proc. Amerit. 106 1/2, Deferr. Silberrente —, Papierrente —.

\* Newyork, 30. Juni abends. Wechsel auf London in Gold 4,85 1/2, Wechsel auf Paris 5,15, 5proc. 5,20er Bonds 103 1/2, 1877er Bonds 102 1/2, Eriebahn 27 1/2.

Leipziger Productenbörse vom 1. Juli mittags 1 Uhr. Witterung: Feilf. Weizen per 1000 Ko. netto loco 194—198 M. bez., geringer 165—175 M. bez. u. Br.; matt. Roggen per 1000 Ko. netto loco 140—144 M. bez., fremder 120—130 M. bez.; Hafl. Gerste per 1000 Ko. netto loco 140—170 M. nominell, geringe 115—130 M. nominell. Hafer per 1000 Ko. netto loco hiesiger 146 M. bez., fremder

124—136 M. bez. Mais per 1000 Ko. netto loco rumänischer 120 M. bez., amerikanischer 116 M. bez. Kaps per 1000 Ko. netto loco —. Kapsluchen per 100 Ko. netto loco —. Rübsl per 100 Ko. netto loco 57,50 M. bez. u. Br., per Juli-August 57 M. Br., per September-October 56 M. Br.; flau. Spiritus per 10000 Liter Proc. ohne Faß loco 54,30 M. bez., 55 M. G.

\* Leipzig, 1. Juli. Wir haben trotz der festen Tendenz über eine im allgemeinen geschäftsarne Börse zu berichten. Auf den verschiedenen Gebieten, ausgenommen einige Anlagewerthe, herrschte eine Kälte, aus der wahrzunehmen war, daß die Saison morto angebrochen ist. Weder boten die vorliegenden politischen Nachrichten irgendwelchen Anregungspunkt, noch konnte ein solcher aus den obwaltenden finanziellen Verhältnissen geschöpft werden. Die von den auswärtigen Börsenplätzen gestern eingelangten Course bespeisen spiegelten eine gleiche Haltung wider und konnten daher auf den hiesigen Verkehr durchaus keinen animirenden Einfluß ausüben.

In der zweiten Börsenhälfte machte sich eine festere Haltung geltend, dieselbe verdankte ihr Entstehen besseren berliner Meldungen. Die Course erzielten schließlich mehrfach Avancen.

Deutsche Fonds belebt, auch für österreichische Staatspapiere zeigte sich Begehr; insbesondere waren von letzteren Renten verlangt.

Bahnen anfangs schwach, schließlich fester. Beliebte waren Auffg.-Lepl., Alsenburg-Beih., Stettiner, Köln-Mindener, Rheinische und Rumänier.

Von den Stammprioritäten waren Ostschweiz steigend. Bankactien still; nur Leipziger Credit sehr lebhaft und anziehend, Sächsische Bank und Deutsche Bank angenehm. Industrieactien recht fest, Kaufmann zeigte sich hauptsächlich für Holzstoff, Immobilien, Kammgarn, Malzfabrik, Nationalbierbrauerei und Leinwand Mühlen, die fast durchweg im Course anzogen.

Prioritäten ziemlich belebt.

### Neueste telegraphische Depeschen.

\* Wien, 1. Juli. Bisher bekannte Wahlergebnisse der gestrigen Reichsrathswahlen: In Wien 9 Liberale, 2 Conservative; in Baden 1 Liberaler; in Oesterreich 3 Liberale, 1 Conservativer; in Böhmen 13 Liberale, 16 Czechen; in Galizien 1 Liberaler, 1 Nationaler; in Krain 2 Nationale; in Schlesien 2 Liberale, 1 Nationaler; in Galizien 7 Polen, 2 Ruthenen; in Istrien 1 Slawe, 1 Italiener; in Görz 1 Liberaler.

\* Versailles, 30. Juni abends. Deputirtenkammer: Da, wie bereits gemeldet, die Dringlichkeit für die Beratung der Ferry'schen Gesetzesvorlage beschlossen worden ist, so wird eine einzige Lesung zur definitiven Annahme derselben genügen. Im Verlaufe der Sitzung wurde der von den Bonapartisten Langlé und Mitchell eingebrachte Gesetzentwurf abgelehnt, jedoch wurde auch der Gesetzentwurf des ehemaligen Unterrichtsministers Darboux (linkes Centrum), durch welchen dem Staate das Recht der Uebertragung der Grade wieder zurückgegeben, aber den Religionsgesellschaften die Freiheit des Unterrichts unter der Controle des Staates belassen wird, mit 350 gegen 176 Stimmen verworfen.

\* Paris, 1. Juli. Der Gaulois veröffentlicht das Testament des Prinzen Louis Napoleon mit einem Cobicill, worin der älteste Sohn Jérôme's aufgefodert wird, das Werk des ersten und dritten Napoleon fortzuführen.

\* London, 30. Juni. Oberhaus: Der Lordkanzler Lord Cairns brachte die irische Universitätsbill ein, welche in erster Lesung angenommen wurde. Der Premier Lord Beaconsfield erklärte auf eine Anfrage Lord Stratheben's, es werde bei der Beisetzung der Leiche des Prinzen Louis Napoleon keine öffentliche Feier stattfinden. Die Leiche werde in Chertney landen und die königliche Artillerie sie nach Chislehurst begleiten. Die Artillerie werde auch der Beerdigung beiwohnen.

\* Belgrad, 30. Juni. General Klmpic und ein Großindustrieller sind als Delegirte zu den Verhandlungen über die Eisenbahnenconvention nach Wien abgereist. — In Serbien herrscht andauernd Dürre und befürchtet man infolge dessen eine Misere.

\* Alexandria, 30. Juni. Ismail-Pascha, Hussein-Pascha und Hassan-Pascha sind heute in Begleitung Talaat-Pascha's auf einer Nacht nach Capel abgereist. Bei der Abfahrt gaben die im Hafen liegenden englischen und französischen Kriegsschiffe Salven ab.

\* Washington, 30. Juni. Präsident Hayes legte sein Veto gegen die Bill ein, welche die Besoldung der mit Marshal und Deputy-Marshal bezeichneten Beamten, denen die Wahlüberwachung obliegt, verbietet. Das Repräsentantenhaus stimmte deshalb von neuem über die Bill ab, jedoch gelang es den Demokraten nicht, die Zweidrittel-Majorität zu erzielen, welche nothwendig ist, um das Veto Hayes' zu beseitigen. Die Bill ist daher definitiv abgelehnt. Hayes richtete ferner eine Botschaft an das Repräsentantenhaus, worin die Nothwendigkeit betont wird, die Besoldung der Marshal und Deputy-Marshal zu regeln. Der Senat verwies die Resolution, worin die vollständige Wiedereinführung der Silberprägung verlangt wird, an die Finanzcommission.



Leipziger Börse.

1. Juli.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including Deutsche Anleihe, K.B. Renten, and various bank and credit actions.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for different banks and locations.

Sorten.

Table of various types of securities and bonds, including Prussia, Saxony, and other regional issues.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stock prices for various companies.

Table of Berlin-Görlitzer and other railway stocks, including Berlin-Potsdam-Magdeburg and Berlin-Stettin.

Table of Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares) for various lines.

Table of Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Actions) for various financial institutions.

Table of Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial Actions, Preferences, and Shares) for various manufacturing and industrial companies.

Table of Ausländische Fonds (Foreign Bonds) from various countries like Austria, Hungary, and Prussia.

Table of Inl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Domestic Railway Preference Obligations) for various railway companies.

Table of Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Foreign Railway Preference Obligations) for international railway issues.

Table of Kohlen-Act. u. Prior. (Coal Actions and Preferences) for various coal mining companies.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Mittwoch, 2. Juli. Faust. Dramatisches Gedicht in 6 Abtheilungen von Goethe. Duveture und die zur Handlung gehörige Musik ist theils vom Fürsten Radziwiłł, theils vom Kapellmeister Lindpainter. (178. Abonnements-Vorstellung.) Altes Theater. Donnerstag, 3. Juli. Zum ersten male: Die Fledermaus. Operette in 3 Acten von Johann Strauß. Rosalinde von Eisen- Marie Geisinger.



### Bekanntmachung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Louis Kühnert in Piesau ist wegen vorliegender Ueberschuldung die Eröffnung des Concursprocesses beschlossen und peremptorischer Liquidationstermin auf

Donnerstag, den 25. September d. J., Vormittags 9 Uhr, anberaumt worden.

Es werden daher alle bekannten und unbekanntes Gläubiger desselben hierdurch geladen, zu dem angeordneten Termin vor dem unterzeichneten Gericht in Person oder durch zu lässige Vertreter zu erscheinen, ihre Forderungen und sonstigen Ansprüche bei Strafe Ausschusses anzumelden und zu beschreiben, sodann die Güte zu versuchen, bei deren Misslingen aber mit dem aufzustellenden Contradictor über die Richtigkeit ihrer Ansprüche und unter sich über deren Priorität rechtlich zu verfahren.

Zugleich wird Termin zur Publikation eines Verfallsbescheides auf

Dienstag, den 30. September 1879, Vormittags 9 Uhr, anberaumt, wozu die Beteiligten unter dem Rechtsnachtheil vorgeladen werden, daß der Beschreib im Fall ihres Nichterscheins Mittags 1 Uhr für publicirt erachtet werden wird.

Sämmtliche Gläubiger haben übrigens ihre Forderungen und Ansprüche längstens drei Wochen vor dem anberaumten Liquidationstermin dahier anzumelden, auswärtige aber zugleich Insinuationsmandatare am Sitz des Gerichts aufzustellen oder zu gewärtigen, daß fernere Verfügungen zur Post gegeben und damit als ihnen selbst befehligt angesehen werden.

Caasfeld, den 10. Mai 1879.

Herzogl. S. M. Kreisgericht.  
Wagner.

[129-31]

Die  
**Hallische Zeitung**  
im  
G. Schwetschke'schen Verlage  
(Hallischer Courier)



labet beim Quartalswechsel zum Abonnement ein. Dieselbe erscheint täglich zweimal (in Morgen- und Abendausgabe) mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Abonnementpreis pro Quartal beträgt bei Bezug durch die Post 4 M. 50 Pf.; Inserationsgebühren für die fünfgespaltene Corpusspaltze oder deren Raum 18 Pf., für die zweigespaltene Petit-Feile vor dem gewöhnlichen Inseratentheil 40 Pfennige. Sämmtliche Postanstalten nehmen Bestellungen auf dieselbe an.

Die neuesten Ereignisse auf den Gebieten der Politik, des Handels, der Industrie, der Kunst und Wissenschaft, der Landwirtschaft, der Literatur etc. werden in sorgfältiger Auswahl und übersichtlicher Zusammenfassung zur Kenntniß des Lesers gebracht. Besonders wichtige politische Begebenheiten wie auch die Notierungen der maßgebenden Berliner Börsenpapiere und der Productenbörse da selbst werden durch Veröffentlichung der der Zeitung zugehenden Telegramme schnellstens mitgetheilt. Der Courzettel der Berliner Effecten-Börse, der Hallischen Producten-Börse, der Hallischen Zuckerberichte, sowie Cournotierungen der verschiedensten Handelsartikel mehrerer anderer Hauptbörsenplätze werden veröffentlicht. Ein Feuilleton und ein illustriertes Sonntags-Blatt bieten dem Leser belehrende und unterhaltende Lektüre. — Die Hallische Zeitung ist das gelesenste größere Blatt im Regierungsbezirk Merseburg, und vielfach verbreitet in Sachsen, Anhalt und den gesammten Thüringischen Ländern, gewährt Bekanntmachungen aller Art eine wirksame Verbreitung unter allen Ständen dieses in landwirtschaftlicher und industrieller Beziehung hervorragenden Landstrichs. [1284-85]

### Die Berliner Börsen-Zeitung,

in ihrer Abend-Ausgabe das umfang- und inhaltsreichste, sowie das bei Weitem verbreitetste finanzielle Fachblatt Deutschlands und in ihrer Morgenausgabe eine politische Zeitung im weitesten Sinne des Wortes, erscheint auch fernerhin unverändert wie bisher. Der Reichthum ihres Inhalts und die Präcision ihrer Nachrichten sind so bekannt, dass wir es uns versagen können, zu ihrer Empfehlung noch etwas hinzuzufügen. Den zahlreichen tabellarischen Zusammenstellungen sind seit dem letzten Quartale zwei neue hinzugefügt, nämlich vollständige Restantenlisten als Ergänzung der regelmäßigen Verloosungs-Tabellen und wöchentlich wiederkehrende Zusammenstellungen aller ausgeschriebenen Submissionen.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten an, in Berlin alle Zeitungs-Spediteure und Stadtpostämter, sowie die unterzeichnete Expedition der  
**„Berliner Börsen-Zeitung“**,  
Berlin W., Kronen-Strasse No. 37. [1329-30]

Unterzeichnete labet hierdurch zum Abonnement auf das  
**Geraische Tageblatt**

ergeben ein.  
Das „Geraische Tageblatt“ ist in den Fürstenthümern Reuß, den Thüringischen Staaten und angrenzenden Ländern überall verbreitet.  
Der Vierteljahrspreis für das wöchentlich 6 Mal in großem Format erscheinende Geraische Tageblatt beträgt nur  
**1 Mark 50 Pfennig.**  
Inseraten ist im Geraischen Tageblatt der beste Erfolg gesichert, die viermal gespaltene Corpusspaltze wird mit 12 Pf. berechnet.  
[1296-98] **Expedition des Geraischen Tageblattes.**

### Leipziger Tageskalender vom 2. Juli.

- Bibliotheken:**  
Universitäts-Bibliothek 11-1 Uhr. Das Lesezimmer geöffnet von 10-1 Uhr.  
Stadtbibliothek 3-5 Uhr.  
Volksbibliothek I. (A. Bürgerstr.) 7-9 Ab.  
Städtisches Museum 10-4 Uhr (freier Eintritt).  
Zoologisches Museum im Augusteum (jeden Mittwoch u. Sonnabend) 1/10-1/12 Uhr.  
Archäologisches Museum, Friedericianum an der ersten Bürgerstr., 10-12 Uhr.  
Museum für Völkerkunde, Grimm-Steinweg Nr. 46. Sonntags, Dienstags und Donnerstags 11-1 Uhr.

- Kunst-Gewerbe-Museum und Vorbildersammlung für Kunstgewerbe, Thomaskirchhof 20, Sonnt. 10 bis 1, Mont., Mittw. u. Freit. 11 bis 1 Uhr Mittags unentgeltlich geöffnet. Unentgeltl. Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgew. Arbeiten an allen Wochentagen Mittags 1/12-1/1 Uhr.**
- Telegraphenankalten:**  
1. Kaiserl. Telegraphenamtl. (mit unmittelbarem Dienste bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5.  
2. Telegraphenweiganstalt auf d. Börse, Marksmarkt (geöffnet v. 11 U. B. - 3 1/2 U. Nachm.)  
3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl.  
4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahn.  
5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Dairischen Bahn.

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Wiedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

### Blätter für literarische Unterhaltung.

Herausgegeben von Rudolf von Gottschall.

Jahrgang 1879.

4. In 52 wöchentlichen Nummern von 2 Bogen.  
Preis pro Semester 15 M.

Inhalt der Nummern 23-26:

Nr. 23. Neue Romane. Von F. J. Dönniger. — Essays und Skizzen. — Plattdeutsche Literatur. Von E. Hermann. — Aus der Vorzeit. — Motive in England. Von David Aher. — Feuilleton. (Deutsche Literatur.) — Nr. 24. Poetische Uebersetzungen. Von Rudolf Kulemann. — Zeitgeschichtliches in Memoiren und Feuilletons. — Neue Romane. Von F. J. Dönniger. (Schluß.) — Schriften zur Culturgeschichte Oesterreichs. Von Anton Schöfner. — Zur Früh-Literatur. Von E. Beyer. — Feuilleton. (Ausländische Urtheile über neue Erscheinungen der deutschen Literatur.) — Nr. 25. Philosophische Schriften. Von Friedrich von Baerenbach. — Unterhaltungsliteratur. Von Elna Bagt. — Poetische Uebersetzungen. Von Rudolf Kulemann. (Schluß.) — Englische Zustände. Von David Aher. — Feuilleton. (Theater und Musik; Aus der Schriftstellerwelt.) — Nr. 26. Kleinere Schriften zur Literaturgeschichte. Von E. Müller. — Philosophische Schriften. Von Friedrich von Baerenbach. (Schluß.) — Romane und Novellen. Von H. Welland. — Feuilleton. (Ausländische Literatur.) — Bibliographie. — Anzeigen.

Die einzige Zeitschrift, welche die neuen Erscheinungen der gesammten nicht streng wissenschaftlichen deutschen Literatur mit möglicher Vollständigkeit und ebenso anregend als maßvoll bespricht. Ihre Lektüre ist allen, welche den Bewegungen der Literatur im Zusammenhange zu folgen wünschen, zum Bedürfnis geworden, sobald kein Journalist, kein Pseudonym oder durch andere Zeitschriften ersetzt werden kann.  
Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen an und legen die erste Nummer des neuen Jahrgangs zur Ansicht vor. [1850]

### Bank- und Handels-Zeitung.

(26. Jahrgang.)

[7821-22]

Organ für Capitalisten, Bankiers, Industrielle, Landwirthe, Producten-Großhändler, Eisenbahn-Interessenten und Versicherungs-Anstalten. Erscheint täglich 2 mal und bringt in jeder Ausgabe einen politischen, sowie einen wirthschaftlichen Theil, auch 2 mal wöchentlich ein landwirthschaftliches Beiblatt. Die Bank- und Handels Zeitung gehört zu den verbreitetsten Handels- und Börsenblättern Deutschlands. Die täglichen Berichte über den Producten- und Waaren-Markt sind anerkannt die reichhaltigsten und zuverlässigsten. — Anzeigen finden die wirksamste Veröffentlichung. Preis vierteljährlich 8 M. Inserate 40 S. die Petitzeile. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an, in Berlin: Sämmtliche Zeitungs-Spediteure und Die Expedition der Bank- und Handels-Zeitung, Jägerstrasse 14.

### Hamburgischer Correspondent.

Unsere geehrten Leser, besonders die auswärtigen, bitten wir um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements für das bevorstehende dritte Quartal. Der „Hamburgische Correspondent“, der zu unserer Freude in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, wird auch ferner durch Leitartikel und Special-Correspondenzen aus bewährter Feder seine Leser auf dem Gebiete der gesammten Politik über die wahre Lage der Dinge unterrichtet zu halten bestrebt sein. Die ausgedehnte Benutzung des eigenen Telegraphenverkehrs wird diesen Bestrebungen in förderlichster Weise zu Gute kommen. Im Feuilleton beginnen wie demächst mit dem Abdruck eines neuen sehr spannenden Romanes, und wird dasselbe außerdem wie bisher, nebst der Sonntags-Beilage, allen interessanten Erscheinungen aus dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft gewidmet bleiben.

Abonnementspreis, wie bisher, pro Quartal 7,20 (excl. Postaufschlag).  
Inserate, pro Petitzeile 40 S., finden in den gut situirten Kreisen des nordwestlichen Deutschlands die vorzüglichste Verbreitung.  
Alle Postanstalten des In- und Auslandes nehmen Abonnements-Bestellungen entgegen.  
Hamburg.  
[1323-24] Die Expedition des „Hamburgischen Correspondenten“.

6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Mühlgasse.  
7. Kaiserl. Postamt Nr. 6, in der Weststraße.  
8. Kaiserl. Postamt Nr. 7, am Kanst. Steintw.  
9. Kaiserl. Postamt Nr. 8, auf d. Eilenb. Bahnh.  
(Die unter 8-9 aufgeführten Telegraphenanstalten haben beschränkten Tagesdienst.)  
Aquarium, Schützenhaus, geöffnet v. Fr. 8-Ab. 11 Uhr. Entrée am Tage 1 Mt. Abends für Concertbesucher 50 Pf.  
Neues Theater. Besichtig. d. innern Räume 2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector.  
Del Bechth's Kunstausstellung (Kaufhalle 9-5 Uhr).
- Schuldirektor Osmar Grimm in Gera mit Fr. Lydia Knoll in Greiz. — Dr. Georg Grimm in Leipzig mit Fr. Hedwig Werner. — Dr. Robert Irmsch in Grimma mit Fr. Anna Pawlowsta. — Dr. Government-inspector Alfred May in Weiskal (England) mit Fr. Elisabeth Thomaas in Pirna (Sachsen). — Dr. Leo Messdag aus Groningen (Holland) mit Fr. Maria Körner in Zwiden. — Dr. Ferdinand Kiesel in Leipzig mit Fr. Elisabeth Schindler. — Dr. Julius Krüger in Amsterdam mit Fr. Amanda Waier in Landstrona (Schweden).

### Carola-Theater

unter Direction von Julius Hofmann.  
Mittwoch, 2. Juli. Vorstellung im Abonnement. Zum letzten male: **Amtra**. Schauspiel in 3 Handlungen von Dänbel, für die historische Opernabende in 3 Aufzügen bearbeitet von J. R. Fuchs. Hierauf: **Der Schauspieldirector**, oder: **Mozart und Schikaneder**. Komische Operette in 1 Aufzuge bearbeitet von E. Schneider. Musik von Mozart.  
Donnerstag, 3. Juli. Vorstellung im Abonnement. Auf vielseitigen Wunsch. **Helds**. Oper in 2 Aufzügen von Beethoven.  
Tagesbilletverkauf Vormittags von 10 bis 1 Uhr, Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, Nicolaistr. 1 Parterre.  
Abends 6 Uhr im Carola-Theater.

### Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Ingenieur Richard Aufschläger in Chemnitz mit Frau Ida Degener, geb. Köpfer, in Dresden. — Dr.

Getraut: Dr. Emil Dürck in Lindenau mit Fr. Ida Schlauch-Röhler. — Dr. Richard Doehle in Sachsendorf mit Fr. Anna Lindner aus Schwefelb. — Dr. Richard Facillides in Schwarzenberg mit Fr. Abele Landmann. — Dr. Reinhard Lange in Falkenstein mit Fr. Lina Meyer. — Dr. Fr. Bernhard Wohlleben in Wittweida mit Fr. Selma Berthold.  
Geboren: Frn. D. Kupfer in Leipzig eine Tochter. — Frn. Dr. jur. Käpfer in Dresden ein Sohn. — Frn. Franz Weise in Leipzig eine Tochter. — Frn. Johannes-Widemann in Plauen eine Tochter.  
Verstorben: Dr. Karl Heileich Diez in Gartzhanke. — Frau Marie-Garbt, geb. Meier, in Nachern. — Frau Anna verw. Solum, geb. Schuster, in Leipzig. — Dr. Cantor emer. Friedrich Hugo Kirsten in Radeberg. — Fr. Beatrice Concordia Lehmann in Ramenz. — Dr. Karl Gustav Wöbbs in Leipzig. — Dr. phil. Karl Theodor Röhler in Gersdorf bei Leisnig. — Dr. Schriftsteller Hermann Wagner in Neuschönefeld bei Leipzig. — Dr. Friedrich Weinberger in Großschalkau. — Fr. Marie Zinke in Leisnig.

Nr. Leipzig  
erbringt an  
154  
P  
wichtigste  
Seite eintr  
30

Le  
\* Eins  
fer mach  
wohnte a  
Zum he  
Bernhard  
Neuß XV  
\* Berl  
eingegang  
Leutner  
Große u  
Vorarbeit  
warten la

\* Gade  
von W  
hier eing  
\* Wie  
ermählt:  
Mathemat  
und Pöbl  
\* Wie  
geworden  
wahlen  
servativen  
ist für h  
Stadtherr  
Oberster  
Linz, sich  
ferner di  
wählten  
Städt  
mal Nat  
ten 2  
1 Shaw  
den gall  
2 Kuthe  
laren 1  
\* Wie  
Glafer  
wieder  
selben in  
zufallend  
würde.  
Konsta  
Botschaft  
gemein  
Ferna  
dieses P  
Khereddi  
\* Kon  
Deputi  
sident  
Wahlst  
die Prä  
legenheit  
ganzem

D  
Die  
von un  
„Wie  
Sphen  
Beschwe  
Minister  
unbefang  
blieb bis  
Gewissen  
dern in  
sollten u  
dadurch  
kntemat  
ploitrans  
schäft er  
Ein  
sch End  
Tage für  
um etw  
es da h  
in ihrer  
Laischke  
der amtl  
reichste  
amtes, u  
sönlichke  
Derr la  
tionirt u  
dem erbi  
Regieru  
einer M  
Kaisers  
reiches  
verwend  
Verbind  
Ritter